

Ostdeutsche Wirtschaftszeitung

Erscheint jeden Freitag im
Verlage der „OWZ.“ G.m.b.H.
Hauptschriftleiter
Franz Dau.
Graupenstraße 15, II. Stock
(Eing. Wallstr. 2.) Tel.: 22041.
Nachdruck der mit Autor-
namen oder Korrespondenz-
zeichen versehenen Beiträge
ist nur mit Genehmigung
der Schriftleitung gestattet.

Amtliches Organ der Industrie- und Handelskammern
Breslau / Görlitz / Hirschberg / Liegnitz / Sagan
u. der Breslauer Messe- u. Ausstellungs-Gesellschaft
zugleich offizielles Mitteilungsblatt des Schlesischen Oder-Vereins, des Deutschen
Wirtschaftsbundes für Polen E.V. (Sitz Breslau), sowie anderer wirtschaftl. Verbände

Bezugspr. 1,20 RM, monatl., f.
d. Ausland 4,50 RM, viertelj.
Posttscheckk. Breslau 623 60.
Anzeigenannahme:
Breslau I, Graupenstraße 15.
Telephon: Nr. 22041
(Ind.- und Handelskammer).
Anzeigenpreis:
1 mm-Höhe einspaltig
16 Rpf., i. Text 50% Zuschlag.
Annahmeschluss:
Mittwoch vorm. 10 Uhr.

8. Jahrgang

Breslau, den 26. April 1929

Nr. 4

Der Deutsche Industrie- und Handelstag

hielt am 17. April in Berlin seine 49. Vollversammlung ab, die von Vertretern sämtlicher deutschen Industrie- und Handelskammern und zahlreichen Gästen aus Kreisen der Regierungen, Parlamente, Wirtschaft, Wirtschaftsverbände usw. besucht war. Nach Eröffnung der Tagung durch den Präsidenten Franz von Mendelssohn überbrachte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius die Grüße und Glückwünsche der Reichsregierung. Er ging hierauf noch kurz auf die Reparationsfrage ein. In seiner Begrüßungsrede gab Präsident Franz von Mendelssohn zunächst ein knappes Bild der Lage unserer Volkswirtschaft.

Die in Deutschland herrschende Kapitalarmut verlangsamt die Rationalisierung, beengt besonders für die Ausfuhr notwendige Kreditmöglichkeiten und führt zu einer außerordentlichen Zinshöhe. Aus den bereits gezahlten Reparationsleistungen ist schon zu sehen, wie Kapitalarmut, Kreditbedürfnisse und Zinshöhe zu einem sehr bestimmenden Teil eine Folge dieser Lasten sind. In der Kapitalarmut und Zinsüberlastung liegt mehr oder weniger der Schlüssel zur Erklärung aller Erscheinungen unserer Wirtschaft, soweit sie innenwirtschaftlich zu erklären sind und nicht außerwirtschaftliche Gründe hinzukommen. Die sinnfälligste dieser Erscheinungen ist die erschreckende Arbeitslosigkeit. Die Frage ist, ob es sich nur um eine vorübergehend gedrückte Konjunktur oder um Schlimmeres handelt. Ihr Grund liegt in der Schere, die zwischen der Produktionsfähigkeit der Menschen und des Apparates einerseits und der Aufnahmefähigkeit für menschlichen Konsum wie für Erneuerung der Produktionsmittel andererseits klappt. Überall sind es zwei Dinge, welche die deutsche Wirtschaft beengen, einmal die Kostengestaltung, zum anderen die handelspolitischen Hemmnisse. Die Rohstoffpreise werden zum großen Teil durch ausländische Marktbewegungen bedingt, die sich unserem Einfluß entziehen. Ein anderer großer Kostenfaktor sind die Löhne. Erhöhung des Lohndienstes ist auf die Dauer nur möglich neben ausreichender Deckung der Kapitalerfordernisse, d. h. ausreichendem Zins und Gewinn. Der allgemein kennzeichnende Zug des Mangels an Kapital und der Überlastung an Schulden gilt für die Landwirtschaft noch erheblich mehr als für die gewerbliche Wirtschaft. Das Gedeihen der Wirtschaft verlangt nach wie vor freie persönliche Entfaltung. Wir betonen offen diesen Gedanken und ebenso offen die Notwendigkeit der Kapitalbildung. Es tut nicht gut, den Wettbewerb auszuschalten. Auch da, wo größere kollektive Formen der Wirtschaft ihn nicht wie früher nach außen erscheinen lassen, muß er im Innern gefördert werden. Dies gilt besonders auch für die Gebarung wirtschaftlicher Vereinigungen einer berufsgenössischen Art, wie sie die Kartelle darstellen, wie auch für einheitlich geleitete Gesamtunternehmungen. Die Erhaltung eines lebendigen persönlichen Einzelhandels ist und bleibt ein wichtiges wirtschaftliches wie nicht minder staatspolitisches Interesse. In besonderem Maße sind auf dem Gebiete der Staats- und Verwaltungsreform Aufwandsabbau und Leistungssteigerung ebenso möglich wie notwendig. Die entscheidende Frage dieses Jahres ist, ob die Verhandlungen der Reparationssachverständigen zu einem Ergebnis führen, das Deutschland annehmen kann oder nicht. Was auch ihre Gutachten besagen mögen, Annahme und Ablehnung sind beide schwer und verantwortlich. Gefunden werden kann eine Höchstsumme nur nach Gesetzen der Wirtschaft. Eine Verletzung

wirtschaftlicher Grundsätze aber rächt sich nach alter Erfahrung an allen Beteiligten in kurzer Zeit. Das sollten diejenigen berücksichtigen, auf denen in diesem Augenblick die Verantwortung liegt.

Hierauf sprach unter außergewöhnlich starkem Beifall der Präsident der Breslauer Industrie- und Handelskammer Dr. Dr. h. c. Grund über Fragen der Finanz- und Steuerpolitik. (Einen Auszug aus diesem Referat haben wir bereits als Leitartikel in Nr. 3 der „OWZ.“ S. 37 ff., veröffentlicht. — D. Red.) Dr. August Weber, Mitglied der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, machte sodann über

persönliches Unternehmertum

(seine Notwendigkeit und Verantwortung für die Volkswirtschaft) u. a. folgende Ausführungen:

Die von Karl Marx wissenschaftlich begründete Konzentrationstheorie und im Anschluß daran die Verelendungstheorie sei selbst bei führenden Sozialisten abgetan. In der Landwirtschaft seien heute die bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe in der Überzahl, die Berufs- und Betriebszählung von 1925 habe auch für das Gewerbe immer noch 45 Proz. von selbständigen, mittleren und kleineren Betrieben ergeben. Das russische Experiment scheiterte lediglich daran, daß in der Zentralisation der selbständige Unternehmer ausgeschaltet sei. Sicher sei ein gewisser kollektivistischer Zug, ein Übergang zu Kartellen und Trusten nicht zu verkennen. Auch der Kommunal- und Staatskapitalismus schränke die freie Betätigung in der Wirtschaft ein. Nicht zu verkennen sei ferner, daß im deutschen Unternehmertum sich infolge zu hoher steuerlicher Belastung ein gewisser Pessimismus breit zu machen beginne. Dieser Pessimismus müsse indessen überwunden werden. Es sei auch richtig, daß im deutschen Unternehmertum hier und da Fehler gemacht worden seien. Zu bestreiten sei indessen nicht, daß es bei diesem System doch gelungen sei, in der Vergangenheit seit 1870 statt 39 Mill. bis zu 67 Mill. Menschen zu ernähren und zu beschäftigen, während heute z. B. in Rußland wieder bei Ausschaltung des Unternehmertums Mangel an Mitteln des täglichen Bedarfs bestehe. Im modernen Staat sei schon dafür gesorgt, daß der Erwerbstrieb des einzelnen Unternehmers bei der enormen Konkurrenz und bei der innigen Verbindung mit der Welt sich nicht hemmungslos auswirken könne. Im übrigen habe die staatliche Gesetzgebung nach dieser Richtung hin bereits Vorsorge getroffen. Aber diese Gesetzgebung müsse sich fernhalten von weiteren Eingriffen, da sonst die notwendige Eigenschaft eines freien Unternehmers lahmgelegt würde. Die Geschichte aller größeren Unternehmungen sei aufs engste verbunden mit genialen Persönlichkeiten; daneben bedürfe es der breiten bürgerlichen Schicht verantwortlicher Unternehmer für die unendlich vielseitige Verflechtung der Volkswirtschaft. Freiheit der Bewegung, Freiheit von Bürokratismus und Schematismus, Freiheit allerdings auch von jedem Piratentum sei Voraussetzung für jedes fruchtbare, vor allem auch jedes geniale Schaffen, das getragen sein müsse von sozialem Verständnis. Pflicht der Unternehmer sei es, sich Nachwuchs heranzuziehen, Pflicht der Jugend und der kommenden Generation, sich nicht zu wiegen in dem Gedanken, daß mit Tarifverträgen unter Einführung eines Versorgungsstaates in Deutschland die Welt zu erobern sei. Es geht in Deutschland ums Ganze. Ohne kluge Wirtschaftspolitik, ohne gut geleitete Unternehmungen kein Fortschritt, aber auch keine Sozialpolitik.

Über Ziele und Wege der Weltmarkterweiterung

sprach schließlich Rudolf H. Petersen, Hamburg, Mitglied der Handelskammer Hamburg, Vorsitzender des Vereins Hamburger Exporteure.

Alle Bestrebungen zur Hebung des deutschen Exportes müssen mit einem Abbau der Staatsausgaben und damit der Beseitigung des Steuerdrucks, unter dem die Wirtschaft leidet, beginnen. Alle anderen noch zu ergreifenden Maßnahmen können in ihrer Wirkung nur sekundär bleiben; trotzdem ist es nötig, die weiteren Möglichkeiten der Exportsteigerung eingehend zu studieren. Der deutsche Export steht und fällt mit der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie. Die Erkenntnis der gegenseitigen Bedeutung von Industrie und Exporthandel fängt an, sich durchzusetzen. Die Industrie hat allmählich durch die Erfahrungen, die sie im direkten Export in bezug auf Recht und Moral in manchen überseeischen Ländern gemacht hat, gelernt, daß sie das damit verbundene Kreditrisiko viel zu gering in ihre Kalkulationen eingesetzt hat, und daß die großen Spesen nicht in richtigem Verhältnis zum Umsatz stehen. Neben der Vertriebsorganisation ist die Hauptaufgabe des Exporteurs die Finanzierung des Exports durch Kassaeinkauf und Gewährung von Krediten nach Übersee. Infolge Spezialisierung auf das eine Arbeitsgebiet, den Warenvertrieb nach Übersee, ist es uns möglich, mit einer wesentlich kleineren Risikoprämie zu rechnen, als sie von der direkt exportierenden Industrie einkalkuliert werden müßte, und darin liegt die Begründung für die Existenzberechtigung des Exporteurs. Der Prototyp der Markenindustrie, ein Vertreter von Carl Zeiß, hat den Vorschlag gemacht, Überseefilialen der großen deutschen Exporthäuser Fachleute der Industrie beizugeben, um die Fachkenntnisse der Fabrikation mit der erprobten Landeskennntnis des Handelsunternehmens zu verbinden. Der Exporteur kann diesem

Vorschlag durchaus zustimmen, und auch für die Schwer- und Maschinenindustrie dürfte er beachtenswert sein. Für die überwiegende Zahl Industrieller bleibt für den überseeischen Export nach wie vor der beste Weg, durch Exportvertreter an den Hauptsitzen des Exporthandels ihre Ware an alle in Frage kommenden Interessenten zu vertreiben. Es kommt nicht nur darauf an, die Ausfuhrmengen wesentlich zu steigern, sondern die Wirtschaftlichkeit des deutschen Exports ist auch von der Preisgestaltung abhängig. Von der Industrie muß erwartet werden, daß sie treu an ihren Verbindungen und ihren Vereinbarungen festhält, und daß sie davon abläßt, treue Käufer zugunsten eines beliebigen neuen Kunden aufzugeben, wenn dieser ein akutes Geschäft proponiert oder goldene Berge verspricht. Die Wege für die Verstärkung des deutschen Exports nach Übersee liegen klar vor uns: erhöhte Betätigung in Übersee seitens aller deutschen Wirtschaftsunternehmen, verständnisvolle Zusammenarbeit von Industrie und Handel zur Schaffung der besten Vertriebsorganisation sowie sorgfältige Pflege der kulturellen Beziehungen zu den Ländern, mit denen wir wirtschaftliche Zusammenarbeit erstreben. Entscheidend sind und bleiben die konkurrenzfähigen Preise der deutschen Industrie. Von der Tätigkeit der Konsulate muß eine schnelle und zuverlässige Orientierung über alle Vorgänge auf dem Gebiet der Gesetzgebung, der Zölle usw. erwartet werden, während es das vorzügliche Arbeitsfeld des Handels bleibt, die Heimat über die Aussichten für einzelne Warengattungen und einzelne Geschäftsmöglichkeiten zu orientieren. Von ganz besonderem Wert für die deutsche Wirtschaft sind die deutschen Handelskammern in den überseeischen Ländern. Ihre Tätigkeit ist allgemein anerkannt worden, sie wirken fördernd auf den internationalen Verkehr im Sinne der Bestrebungen der Internationalen Handelskammer, und deshalb werden auch die Beziehungen zu den deutschen Handelskammern in Übersee von Hamburg vornehmlich gepflegt.

Gesetzgebung u. Verwaltung

Zölle

ow. Die polnische statistische Gebühr. Laut einer im „Dziennik Ustaw“ (Nr. 24) veröffentlichten Verordnung des polnischen Ministerpräsidenten betr. eine Änderung des § 46 der Verordnung vom 10. November 1921 zur Zollstatistik wird mit Wirkung ab 5. Mai d. J. die statistische Gebühr, wie folgt, erhoben werden:

1. von Waren, die nach Polen auf dem Seewege ein- und ausgeführt werden:

- a) in Höhe von 25 Groschen je Tonne von verpackten oder nicht verpackten Waren der Pos. 66, Punkt 1 des Zolltarifs, Pos. 79, Punkt 1, 2, 3 und 4 und Pos. 138, Punkt 1 und 2;
- b) in Höhe von 50 Groschen je Tonne von verpackten oder unverpackten Waren der Pos. 65, Punkt 1, 2, 3, 4, 5, 6, Pos. 84, Punkt 1 und Pos. 142, Punkt 1, 2 und 3 des Zolltarifs;
- c) 1 Groschen je Tonne von allen nicht verpackten Waren, die nicht unter a und b genannt sind;
- d) 50 Groschen je 100 kg von allen vollständig oder teilweise verpackten Waren, die in den Punkten a und b nicht erwähnt sind.

II. Von allen nicht verpackten Waren, die auf anderem als dem See-Wege ein- und ausgeführt werden, wird eine Gebühr von:

- a) 5 Groschen je Tonne für Waren, die in Pos. 79, Punkt 1, 2, 3 und 4 des Zolltarifs genannt sind;
- b) von 10 Groschen je Tonne von Waren der Pos. 66, Punkt 1, Pos. 84, Punkt 1, Pos. 138, Punkt 1 und 2 und Pos. 142, Punkt 1, 2 und 3 des Zolltarifs;
- c) 30 Groschen je Tonne von Waren, die in Waggon-Zisternen transportiert werden und in Pos. 85, Punkt 1, 2 und 3 des Zolltarifs genannt sind;
- d) 20 Groschen je Tonne von allen anderen nicht verpackten Waren, mit Ausnahme von unter IV genanntem Salz, erhoben werden.

III. Eine Gebühr von 5 Groschen je 100 kg des Bruttogewichts wird von vollständig oder zum Teil verpackten Waren, die auf einem anderen als dem Seewege ein- und ausgeführt werden, mit Ausnahme des unter IV genannten Salzes, erhoben;

IV. von 5 Groschen je Tonne von Speise-, Vieh- und chemisch reinem Salz (Pos. 33, Punkt 1 des Zolltarifs), das auf einem anderen als dem Seewege ein- und ausgeführt wird, mit oder ohne Verpackung;

V. von 10 Groschen von jedem ausgeführten Postpäckchen ohne Rücksicht auf das Gewicht und die Art der Verpackung.

VI. Die Endstellen der Beträge der statistischen Gebühren unter 5 Groschen werden auf 5, darüber auf 10 Groschen aufgerundet.

ow. Ermäßigter polnischer Einfuhrzoll für Stahlformen. Nach einer soeben im „Dziennik Ustaw“ (Nr. 25) erschienenen Verordnung der Minister der Finanzen, des Handels und der Landwirtschaft wird bei der Einfuhr von bearbeiteten Stahlformen („Kokile“, Gußformen), die in Pos. 153, Punkt 1a des Zolltarifs erwähnt sind und zur Herstellung von Röhren nach dem System de Lavaud

dienen, mit Wirkung ab 22. April bis einschl. 30. April d. J. mit Genehmigung des Finanzministers ein ermäßigter Zoll in Höhe von 20 Proz. des Normalzolls erhoben werden. Im Verkehr mit Ländern, die der Verordnung über Maximalzölle unterliegen, beträgt der ermäßigte Zoll 20 Proz. des Maximalzolls. — Bekanntlich handelt es sich hierbei um Formen, die zu der von den Ostrowiecer Hochofenwerken neuerdings aufgenommenen Produktionsmethode für Röhren nach dem System de Lavaud benötigt werden. Der Hauptvorzug des neuen Produktionssystems ist die Schnelligkeit der Fabrikation.

ow. Bei der Ausfuhr von Erlenrohholz aus Polen müssen die Anträge auf Genehmigung der Ausfuhr zu dem ermäßigten Zollsatz von 1,50 Zl. je 100 kg (vgl. „OWZ.“ 7. Jg., Nr. 51, S. 898) an das Handelsministerium gerichtet werden, das sie im Einvernehmen mit dem Finanz- und Landwirtschaftsministerium auf Grund eines Gutachtens des Obersten Rates der Holzverbände in Polen erledigt. Die Anträge, die den Ort der Holzfällung, den Absender, die Aufgabestation, das Bestimmungsland, die Grenzstation, über die der Transport gehen soll, die Menge in Kubikmetern, die Angabe, ob das Holz zur Diktenproduktion geeignet ist und den Grund, weshalb der Antrag gestellt wird (z. B. Unmöglichkeit, die Ware auf dem Inlandsmarkt abzusetzen) enthalten müssen, können auch an den Obersten Rat der Holzverbände in Polen gerichtet werden, der jeden Antrag nach vorheriger Verständigung mit einer aus Vertretern des Verbandes der Dikten- und Fournierfabrikanten zusammengesetzten speziellen Kommission begutachtet.

* Ermittlung des zollpflichtigen Wertes bei der Einfuhr nach der Tschechoslowakei. Das tschechoslowakische Finanzministerium hat die Zollämter angewiesen, in den Fällen, in denen bei der Einfuhr ein Wertzoll erhoben wird, die Zollbemessung nur dann nach dem wirklichen Werte vorzunehmen, wenn die Originalrechnung vorgelegt wird; andernfalls wird der Verzollung der Durchschnittswert zugrunde gelegt, sofern ein solcher amtlich festgesetzt ist, oder der Wert wird von dem abfertigenden Zollamte von Fall zu Fall ermittelt.

ow. Die Einfuhr von Pflügen nach Jugoslawien ist nach einem Erlaß der Belgrader Generalzolldirektion auch weiterhin (vgl. „OWZ.“ VII. Jg., Nr. 39/40, S. 678) bis 30. September d. J. zollfrei gestattet.

ow. Die Einfuhr von Blech nach Jugoslawien erfolgt, wie schon angekündigt (vgl. „OWZ.“ Nr. 2, S. 21), ab 8. d. M. zu dem ermäßigten Satz von 3 Dinar (bisher 10 Dinar) je 100 kg. Es handelt sich hierbei um Blech, roh (Schwarzblech), auch geschnitten und gerichtet, von weniger als 1 mm Stärke aus Nr. 537, Ziffer 1c des Zolltarifs.

* Zur zollfreien Maschineneinfuhr nach Griechenland. Die griechische Kammer hat vor einigen Tagen ein Gesetz verabschiedet, wonach auf die Dauer von drei Jahren nach Inkrafttreten für Maschinen sowie Maschinenersatzteile, die auf Grund des Gesetzes Nr. 2948 — 1922 von Zöllen und Importtaxen bisher völlig befreit waren, in Zukunft 30 Proz. des regulären Einfuhrzolles gezahlt werden müssen. Völlige Zollbefreiung sowie Erlassung der bestehenden Taxen können solche Maschinen bei ihrer Einfuhr nach Griechenland erlangen, die von neu gegründeten In-

Industrieunternehmen erstmalig und zur Errichtung dieser Industrie importiert werden, sowie Maschinen und Maschinenteile, die zur Vergrößerung einer bereits bestehenden Industrie Verwendung finden, falls seitens des Obersten Griechischen Industrie-Rates ein entsprechendes Gutachten vorliegt. Schließlich genießen sämtliche vom Office autonome du raisin eingeführten Maschinen völlige Zollfreiheit. Gewährte Zollfreiheitsdeklarationen sind neun Monate, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, gültig. Vor

Inkrafttreten dieses Gesetzes im Auslande bestellte Maschinen und Maschinenteile werden nach den alten Bestimmungen, noch nicht entschiedene oder neue Ansuchen gemäß den neuen Vorschriften behandelt.

* **Das spanische Zollaufgeld** ist für Zahlung der Ein- und Ausfuhrzölle in spanischem Silbergeld oder in Noten der Bank von Spanien für die Zeit vom 21. bis 30. April auf 29,50 Proz. (gegen 28,07 Proz. in der Vordekade) festgesetzt worden.

Geld- u. Börsenwesen

Handel in Schuldbuchforderungen

Vom Berliner Ausschuß für Geschäfte in amtlich nicht notierten Werten wird mitgeteilt: Seit 1. April d. J. findet der Handel in Schuldbuchforderungen auf Grund des Kriegsschadenschlußgesetzes unter Berechnung von Stückzinsen statt, da von diesem Tage an der Zinslauf begonnen hat. Die zuständigen Gremien in Breslau, Frankfurt a. M. und Hamburg haben einen gleichen Beschluß gefaßt.

Von der Breslauer Wertpapierbörse

Seit 15. April 1929 werden die laut Berliner Abkommen vom 10. November 1928 für die alten Rumänischen Vorkriegsrenten neu ausgegebenen Rumänischen Renten amtlich notiert. Die Notierung erfolgt mit laufenden Zinsscheinen, ohne Zinsberechnung, und erstreckt sich vorläufig auf folgende Nummern: 5proz. vereinheitlichte Rente von 1903 Nr. 1—25 561 zu je 500 Lei, Nr. 1—17 007 zu je 1000 Lei, Nr. 1—7221 zu je 2500 Lei, 1—1832 zu je 5000; 4½proz. vereinheitlichte Rente von 1913 Nr. 1—86 985 zu je 500 Lei, Nr. 1—43 600 zu je 1000 Lei, Nr. 1—18 563 zu je 2500 Lei; 4proz. vereinheitlichte Rente Nr. 1—235 653 zu je 500 Lei, Nr. 1—85 141 zu je 1000 Lei, Nr. 1—33 395 zu je 2500 Lei, Nr. 1 bis 27 709 zu je 5000 Lei.

Seit 17. April werden Österr. Credit-Anstalts-Aktien ausschließlich Gewinnanteilschein Nr. 3 für 1928 seit 20. April 1929 Schlesische Portland-Cementfabrik-Aktien (12—10,8 Proz.) ausschließlich Gewinnanteilschein für 1928 bzw. Nr. 5, seit 22. April Gruschwitz-Textil-Aktien (6 Proz.) und Elektrizitätswerk-Schlesien-Aktien (8 Proz.) ausschließlich Gewinnanteilschein für 1928 gehandelt und notiert.

Gemäß § 11 der Usancen der Breslauer Fondsbörse ist als Prämienerklärungstag und als Tag für die Festsetzung der Liquidationskurse der 26. April 1929, als Lieferungstag der 30. April 1929 bestimmt worden.

Die Zulassungsstelle für Wertpapiere hat in ihrer Sitzung vom 22. April auf Antrag des Bankhauses Eichborn & Co. zu Breslau die Zulassung von nominal 20 000 000 Goldmark (1 Goldmark = $\frac{1}{2790}$ kg Feingold) 8proz. Goldpfandbriefe Reihe 22 — eingeteilt in Reihe 22 Nr. 1—6000 à 100 GM., Nr. 6001—8000 à 200 GM., Nr. 8001—14 000 à 500 GM., Nr. 14 001—20 000 à 1000 GM., Nr. 20 001—22 000 à 2000 GM., Nr. 22 001—23 200 à 5000 GM. — der „Preußischen Zentralstadtschaft“ in Berlin zum Handel und zur Notiz an der hiesigen Börse genehmigt.

-u. Eine Erhöhung des Diskontsatzes der polnischen Emissionsbank von 8 auf 9 Proz. und des Lombardzinsfußes von 9 auf 10 Proz. ist in der am 18. d. M. stattgefundenen Sitzung des Aufsichtsrats der Bank Polski beschlossen worden. Gleichzeitig soll der Zuschlag von $\frac{1}{2}$ Proz. bei der Diskontierung von Exportwechseln in Fortfall kommen. Diese Wechsel werden also künftig nur einfach nach dem Satze desjenigen Landes diskontiert, auf dessen Währung der Wechsel lautet. Importwechsel genießen diese Vergünstigung nicht. Auf diese Weise soll die Ausfuhr gefördert und die Einfuhr nach Polen abgebremst werden. Die Heraussetzung der offiziellen Zinssätze kommt keineswegs überraschend. Die starken Devisenabflüsse bei der Bank Polski im Zusammenhang mit der wachsenden Passivität der polnischen Außenhandelsbilanz sind unseren Lesern bekannt, desgleichen das starke Anschwellen des Wechselportefeuilles der Bank Polski (vom 1. Januar 1928 bis Ultimo März d. J. um fast 248 Millionen Zloty). Im übrigen sind Amerika und Westeuropa bereits mit Diskonterhöhungen vorgegangen. Im ganzen wird man mit einer weiteren Verknappung auf dem ohnehin schon sehr schwierigen polnischen Geld- und Kreditmarkt rechnen müssen. Daran wird auch die soeben durch Verordnung des Finanzministers erfolgte Aufhebung der Kontrolle der Einlagen bei den polnischen Privatbanken durch Organe der Finanzämter nicht viel ändern. Man verspricht sich von dieser Wiederherstellung des Bankgeheimnisses eine erhebliche Verminderung der Kapitalflucht aus Polen nach dem Ausland, namentlich zu den Danziger Banken, von deren Gesamteinlagen in Höhe von 280 Millionen Danziger Gulden (nach einer Denkschrift des Verbandes der polnischen Banken) etwa 150 Millionen polnischen Ursprungs sein sollen. Viel wesentlicher ist die gleichfalls längst bekannte Tatsache, daß die polnische Emissionsbank gar keinen wirklich maßgebenden Einfluß auf die Regelung des Wechselumschlages in Polen besitzt. Weit mehr als die Hälfte des Gesamtwertes des Wechselumschlages wird auf dem Privatgeldmarkt untergebracht, auf dem Zinssätze von 20 bis 36 Proz. auch heute noch üblich sind. Angesichts der Lage des internationalen Geldmarktes erscheint es auch fraglich, daß Auslandsgelder infolge der polnischen Diskonterhöhung wieder in größerem Maße zufließen werden. Das ständige Sinken der Newyorker Kurse der polnischen Auslandsanleihen in den letzten Wochen deutet nicht gerade auf wachsendes Vertrauen hin.

* **Diskonterhöhung in Österreich und Ungarn.** Die österreichische Nationalbank erhöhte den Diskont von 6½ auf 7½ Proz. — Die ungarische Nationalbank hat den Wechseldiskontsatz mit Gültigkeit vom 24. April von 7 auf 8 Proz. erhöht.

Verkehrswesen

Post

Vom Breslauer Paketpostamt

Eine Besichtigung des Breslauer Paketpostamts am Dominikanerplatz — zu der die Breslauer Oberpostdirektion dieser Tage eingeladen hatte — ist sehr aufschlußreich und interessant. Namentlich, wenn man in den frühen Morgenstunden Einblick in den lebhaften Betrieb nehmen kann, der dort um diese Zeit in den Räumen und auf den Höfen herrscht.

Das Paketpostamt verarbeitet in der Hauptsache die für ganz Breslau und seine unmittelbar angrenzenden Siedlungen eingehenden Pakete und sonstigen Päckchen. Die Paketannahme mit werktätlich durchschnittlich 2800 Sendungen (1800 Paketen und 1000 Päckchen) ist nur von untergeordneter Bedeutung. Die Hauptmenge des Eingangs erhält das Paketpostamt vom Postamt 2 durch Triebwagen der elektrischen Straßenbahn in 17 Tages- und 11 Nachtfahrten. Die Päckereien vom Hirschberger Kurse werden vom Postamt 3 aus durch „Elektromobile“ dreimal täglich hergebracht. Die ankommenden Frachten werden über eine selbsttätige Rollbahn an den Sortiertisch gebracht und von zwei gut vorgebildeten Sortierern nach Abholer- und Zustellerpaketen getrennt. Während die Abholerpakete sofort zur Paketausgabe gelangen, werden die Zustellerpakete von den zwei Sortierern mit einer Reviernummer bezeichnet, von Verteilern in genau bestimmte Karren gelegt und von Auslegern nach den Plätzen der einzelnen Reviere geschafft.

um von dort in die Paketwagen zu gelangen. Die Eilpakete, Durchgangspakete und die Zollsendungen werden von der Rollbahn durch einen besonderen Beamten abgenommen und an die zuständigen Stellen geleitet. Das Zustellgebiet Breslaus für gewöhnliche Pakete ist zurzeit in 52 Reviere eingeteilt. An den Wochentagen finden je zwei Zustellungen statt, die um 7 bzw. um 14 Uhr beginnen; Montags und an Werktagen nach einem Feiertage wird allerdings nur eine um 9 bzw. 9,30 Uhr beginnende Zustellung ausgeführt. Die zwei täglichen Zustellungen beziehen sich gegenwärtig nur auf die sogenannte Altstadt; in nächster Zeit sollen sie aber auf das ganze Stadtgebiet ausgedehnt werden. Erfahrungsgemäß werden Montags bzw. an den Werktagen nach einem Feiertage 38 bis 44 Autos und etwa 4 bis 7 Pferdegesspanne, an den übrigen Tagen 33 Autos gebraucht. Durchschnittlich liegen täglich zur Zustellung 11—12 000 Pakete und Päckchen vor, Montags und an den Tagen nach einem Feiertage 18—20 000 Sendungen. Der Päckchenverkehr ist in dauernder Zunahme begriffen.

Die Zustellung der Eil- und Wertpakete erfolgt nach besonderem Plane. Die Eilzustellung beginnt werktags und Sonntags in gleicher Weise um 8 Uhr und wird dann nach Bedarf bis 20 Uhr fortgesetzt. Sieben Eilzusteller tragen täglich durchschnittlich 250 Pakete ab. An den Tagen vor den hohen Festen kommen allerdings auch Spitzenleistungen bis zu 1200 Eilsendungen vor. Die Zustellung der Wertpakete findet nur werktags statt und beginnt ebenfalls um 8 Uhr. Eine zweite Fahrt wird in der Regel noch um 13 Uhr abgefertigt. Zwei Zusteller tragen werktags 75—100 Wertpakete ab. Aus dem Ausland gehen täglich rund 200 Zollstücke ein, die mit Auto dem in der alten Elferkaserne (Graupenstraße) untergebrachten Zollamt-Post zugeführt werden. Seit dem 1. Juni 1928 werden 4 Land-Postkraftfahrten mit einem täglichen Umsatz von etwa 150 Paketen abgefertigt. Zur

Abholung durch den Empfänger liegen täglich durchschnittlich 1400 Pakete und Päckchen vor. Gegenwärtig werden 170 Abholer, darunter 20 Schließfachabholer, gezählt. Die Ausgabe der Paketkarten und Pakete erfolgt werktags von 8 bis 18, Sonntags von 8 bis 9 Uhr. Postlagernde Pakete können jederzeit abgefordert werden. Dem Betriebe des Paketpostamts Breslau ist für die OPD-Bezirke Liegnitz, Breslau und Oppeln die sogenannte „Postanmeldestelle“ angegliedert. Hierher gelangen alle bei den Postanstalten der genannten Bezirke durch Abfallen der Paketaufgabennummer und Aufschrift unanbringlich gewordenen Sendungen oder die aus Paketen herausgefallenen unanbringlich gewordenen Gegenstände. Hier wird nun nach sorgsam erwogenen Vorschriften versucht, das verwaiste Gut an den richtigen Mann zu bringen. 60 bis 70 Pakete und Gegenstände liegen hier dauernd auf Lager. Für den Gesamtbetrieb des Paketpostamts einschließlich der Paketannahme sind 256 feste Dienstposten vorhanden, davon 18 für den Verwaltungs- und 238 für den Betriebsdienst.

Ausmaße für Briefpäckchen

Da, wie der Deutsche Industrie- und Handelstag hörte, zahlreiche Versender täglich umfangreiche Sendungen abfertigen, zu denen die Briefumschläge der Größe Din C 4 (229×324 mm) benutzt werden, stoßen die gegenwärtigen Höchstmaße für Briefpäckchen von 30×30×5 cm auf Schwierigkeiten. Auch ist die Unstimmigkeit zwischen den Postvorschriften einerseits und den von amtlicher Seite unterstützten Bestrebungen zur allgemeinen Einführung der Din-Formate zu bedauern, da sie einer Förderung dieser Bestrebungen entgegensteht. Der Deutsche Industrie- und Handelstag war daher an das Reichspostministerium mit der Bitte herangetreten, die Bestimmungen der Postordnung bezüglich der Ausmaße für den Briefpäckchenverkehr so zu fassen, daß die Normengröße Din C 4 noch mit einbegriffen wird.

Auf diese Vorstellungen erwiderte das Reichspostministerium, die Herabsetzung des Höchstgewichts für Drucksachen auf 500 g sowie die Umgestaltung der Versendungs Vorschriften für Päckchen (Änderung der Postordnung vom 8. Juni 1928, „Amtsblatt des Reichspostministeriums“ Nr. 53/1928) habe den Zweck gehabt, die Briefpost von umfangreichen und schweren Sendungen zu befreien und damit die immer größer werdenden Hindernisse für eine glatte und flüssige Abwicklung des Betriebes bei den Briefabfertigungsstellen zu beseitigen. Für die bei der Briefpost verbleibenden Briefpäckchen seien deshalb zunächst keine größeren Abmessungen als die bisherigen 25×15×10 cm festgesetzt worden. Lediglich um den papierverarbeitenden Industrien und dem Buchhandel, die durch die Herabsetzung des Höchstgewichts für Drucksachen am meisten berührt waren, für die Versendung ihrer unteilbaren Erzeugnisse (Bücher, Zeitschriften, Prospekte usw.) als Briefpäckchen eine erweiterte Möglichkeit zu geben, seien neben den bisherigen Abmessungen noch solche von 30×20×5 cm zugelassen. Gegen diese Abmessungen seien in den eingehenden Erörterungen, die hierüber im Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost stattgefunden haben, von den Vertretern für Handel und Wirtschaft keine Einwendungen erhoben worden, auch sei bisher von keiner Seite bemängelt worden, daß die Abmessungen von 30×20×5 cm zu gering seien. Für die Versender von schweren Briefen seien gegen früher keine Änderungen zum Nachteil eingetreten, da das Höchstgewicht von 500 g für Briefe unverändert geblieben sei, und deshalb Briefe, die schwerer als 500 g wiegen und über die Höchstmaße für Päckchen hinausgehen, schon früher zur Beförderung mit der Briefpost nur aufgeliefert werden konnten, wenn sie in mehrere Sendungen aufgeteilt wurden. Diese Möglichkeit werde bei Briefen, um die es sich bei den in Frage kommenden Sendungen handelt, wohl immer vorhanden sein. Die Bestrebungen des deutschen Normenausschusses würden auch von der Reichspost so weit als möglich unterstützt. Diese Unterstützung müsse jedoch ihre Grenzen in den Erfordernissen des Postbetriebes finden, denen, soweit der Briefbeförderungsdienst in Betracht kommt, die Auflieferung von Sendungen mit großen Ausnehmungen entgegensteht. Wenn die Normengröße Din C 4 mit 229×324 mm auch nicht allzuweit über die jetzt für Briefpäckchen zugelassenen Maße 30×20 cm hinausgehe, so bleibe doch zu beachten, daß zu der Normengröße noch ein Zuschlag für die Verpackung zugelassen werden müßte und daß als Höchstmaße nur solche Maße gewählt werden können, die sich den Betriebsbeamten leicht einprägen. Das Zugeständnis eines Höchstmaßes von 35×25×5 cm für Briefpäckchen, wie es nötig wäre, um dieses Format mit einzubeziehen, würde aber nicht nur nach Ansicht der Post nur den mit der Änderung der Vorschriften über die Päckchen verfolgten Zweck stark beeinträchtigen, sondern auch zweifellos zu Berufungen und zu weiteren Forderungen anderer Versenderkreise führen.

Unter diesen Umständen bedauert die Reichspost, eine Änderung der Höchstmaße für Briefpäckchen vorerst nicht in Aussicht stellen zu können. Vor einiger Zeit seien jedoch die Oberpostdirektionen zu gutachtlicher Äußerung über die Erfahrungen aufgefordert worden, die mit dem Päckchenverkehr nach dessen Umgestaltung gemacht worden sind. Bei der Auswertung dieser Berichte, die unter Umständen Anlaß zur Revision der Vorschriften über den Päckchenverkehr bilden könnten, wird die Anregung erneut geprüft werden.

Kraftpostverkehr

Seit 20. April verkehrt eine neue Kraftpost von Mittelwalde (Schlesien) aus über Rosenthal nach Marienthal und von Marienthal über Rosenthal nach Ebersdorf, Bahnhof. Gangzeiten: ab Mittelwalde, Ring, 7 Uhr, ab Mittelwalde, Bahnhof 14.40 Uhr, ab Ebersdorf Bahnhof 8.45 und 18.35 Uhr. Außerdem finden Fahrten von Ebersdorf Bahnhof ab 16.50 und zurück von Rosenthal, Gasth. Steiner, ab 17.40 Uhr statt. Die Kraftpost verkehrt nur Dienstags und Freitags. Die Fahrten haben in Marienthal Anschluß an die tschechoslowakischen Kraftfahrlinien ab Batzdorf nach Rokittnitz, Senftenberg, Kronstadt (Adlergebirge) usw. Ebenso ist in Ebersdorf Anschluß an die Eisenbahnzüge.

Der Betrieb der vorübergehend eingestellten Kraftpost Mittelwalde (Schlesien)—Thanndorf und Mittelwalde—Landesgrenze bei Bobischau ist am 20. April wieder aufgenommen worden.

Seit 23. April verkehren die folgenden neuen Kraftposten von Noldau über Dzieditz, Wallendorf, Polkowitz und Hennersdorf nach Lorzendorf, von Noldau nach Steinersdorf und von Noldau nach Strehlitz.

ow. Eine neue polnisch-deutsche Telefonverbindung. Das polnische Postministerium trifft Vorbereitungen zur Einführung einer neuen Telefonlinie nach Deutschland. Die vor kurzem in Betrieb genommene Telefonlinie Warschau—Berlin über Posen ist für die Raviere Krakau und Schlesien unbequem. Deshalb soll eine neue Linie in Betrieb genommen werden, welche die Bedürfnisse Galiziens und Schlesiens berücksichtigt. Diese Linie wird Krakau und Kattowitz mit Berlin über Breslau verbinden. Der Termin der Eröffnung dieser Linie hängt, wie die Warschauer „Epoka“ schreibt, von der Zustimmung der deutschen Postbehörden ab.

ow. Telefonverkehr Polens mit den Niederlanden, Schweden und Norwegen. Ab 20. März d. J. ist der Telefonverkehr zwischen Polen und den Niederlanden eingeführt worden, und zwar zunächst zwischen Warschau und Amsterdam. Die Gebühr für das gewöhnliche Dreiminutengespräch beträgt 9,70 Franken. — Ab 1. April d. J. ist der Fernsprecherverkehr zwischen Warschau und Stockholm bzw. Oslo ohne Beschränkung der Zeit und zwischen Gdingen und Stockholm in den Stunden schwachen Verkehrs aufgenommen worden. Für das gewöhnliche Dreiminutengespräch werden folgende Gebühren erhoben: Warschau—Stockholm bzw. Gdingen—Stockholm 12,40 Franken, Warschau—Oslo 13,80 Fr. Zugelassen sind gewöhnliche und dringende Gespräche, Gespräche mit Voranmeldung, Abonnementsgespräche in den Stunden schwachen Verkehrs, Gespräche zu vereinbarter Zeit sowie Einholung von Informationen nach den im Fernsprecherverkehr mit Deutschland geltenden Grundsätzen.

Eisenbahn

Fahrplanänderung

Wegen Gleisumbaus verkehrt Pz 442 bis 14. Mai einschl. von Breslau Hbf. bis Liegnitz durchweg 4 Minuten früher. Breslau Hbf. ab 11.34, Liegnitz an 13.13.

Gütertarifänderungen

lz. Im Ausnahmetarif 4e für gebrannten Kalk sind Sonderfrachtsätze von Gogolin (190 Pf.), Groß Stein (183), Groß Strehlitz (177), Guradzewice (188), Schimischow (180) und Tarnau (184) nach Königsberg (Pr.) Nord erstellt. — Die Gültigkeitsdauer der Ausnahmetarife 6 w für Steinkohlen usw. von oberschlesischen Gewinnungsstätten nach deutsch-tschechoslowakischen Grenzübergängen und 6×1 für Steinkohlen usw. von oberschlesischen Gewinnungsstätten nach Oderberg, die am 30. April 1929 abläuft, ist bis zum 30. April 1930 verlängert worden. — Der Ausnahmetarif 81a für Zucker von Neu Bentschen Grenze nach Tschicherzig Hafenbahnhof, von Fraustadt Grenze nach Glogau, von Freyhan Grenze nach Breslau Stadthafen Umschlag oder Pöpelwitz Umschlag und von Korsenz Grenze nach Breslau Stadthafen Umschlag oder Pöpelwitz Umschlag wird mit Wirkung vom 15. Mai 1929 außer Kraft gesetzt. — Im Durchfuhr-Ausnahmetarif D 51 (Verkehr Polen—Schweiz) ist eine neue Abteilung XI für Erdölrückstände aus dem Ciak-Verfahren eingeführt worden. Sonderfrachtsätze hierfür sind für die 10-Tonnen- und Hauptklasse zwischen Beuthen (Oberschl.) Hbf. Grenze, Borsigwerk Grenze, Hindenburg Grenze und Sosnitz Grenze (Richtung Makoschau) einerseits und Lindau-Reutin Übergang, Friedrichshafen Übergang, Konstanz Übergang, Singen (Hohentwiel) Übergang, Schaffhausen Ort und Übergang, Waldshut Übergang und Basel Bad, Bf. Ort und Übergang andererseits erstellt. — Zum Deutsch- und Litauisch-Sowjetischen Gütertarif ist der Nachtrag II erschienen. Er tritt mit Wirkung vom 15. Mai 1929 in Kraft.

lz. Fahrpreisermäßigung für Besucher der Ausstellung in Posen. Reisende, die vor oder nach der Besichtigung der Ausstellung in Posen eine Rundreise durch Polen zu machen beabsichtigen, können ermäßigte Fahrscheinhefte für die I., II. oder III. Klasse der Personen-, Gemischten- oder Schnellzüge für zwei Drittel des vollen Fahrpreises der betroffenen Klasse und Zuggattung erhalten. Diese ermäßigten Fahrscheinhefte

sind namentliche und werden durch die von der polnischen Eisenbahn anerkannten Reisebüros in Polen, im Gebiet der Freien Stadt Danzig und im Ausland verausgabt und berechtigen zur Fahrt von einer beliebigen Ausgangs- nach einer beliebigen Zielstation des gewählten Reiseweges. Die im Heft enthaltenen einzelnen Fahrscheine müssen jedoch zur Fahrt in der Reihenfolge, in der sie eingeklebt sind, benutzt werden. Vor der Abfahrt aus Posen muß das Fahrscheinheft nebst den darin verbliebenen Fahrscheinen dem Büro der Landesausstellung zur Abstempelung an der hierfür vorgesehenen Stelle vorgelegt werden. Im Falle der Nichtabstempelung des Heftes verlieren die darin vorhandenen ermäßigten Fahrscheine mit der Anfangsstation Posen und alle weiteren in diesem Heft enthaltenen Fahrscheine ihre Gültigkeit. Diese Fahrscheinhefte werden schon jetzt bis zur Beendigung der Ausstellung verausgabt.

ow. Polnische Eisenbahnbauten. Zu den wichtigsten Projekten des polnischen Verkehrsministeriums gehört schon seit einer Reihe von Jahren die Durchführung einer Parallelstrecke zur Warschau-Wiener Bahn, nämlich von Warschau über Radom—Miechow nach Krakau. Hiervon ist bereits vorhanden die Strecke Radom—Kielce—Miechow als Teil der alten Hauptlinie Demblin (Iwangorod)—Strzemieszyce. Es handelt sich also nur noch um die Verlängerung von Radom nach Norden bis Warschau und von Miechow nach Süden bis Krakau. Nach den jüngsten Beratungen des staatlichen Eisenbahnrats ist jetzt bestimmt damit zu rechnen, daß die Strecke Krakau—Miechow auf Staatskosten errichtet wird, während der Bau des Abschnitts Warschau—Radom durch die interessierten Kommunen und Privatkapital finanziert werden soll. Mit der Ausführung hofft man sogar, schon in allernächster Zeit beginnen zu können.

zz. Deutsche Reichsbahn und tschechoslowakische Staatsbahn. Auf Einladung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat sich eine Sonderkommission des Prager Eisenbahnministeriums nach Berlin begeben, um von dort aus eine Reihe von Bahnhöfen und anderen Anlagen in verschiedenen Teilen des Reiches zu besichtigen. Die Kommission soll u. a. die Möglichkeiten einer Angleichung gewisser betriebstechnischer Einzelheiten in den beiden benachbarten Ländern prüfen.

—sch.— **Auf der Linie Belgrad—Sofia** sind Schlafwagen eingeführt worden, die dreimal wöchentlich verkehren.

ow. Die Eisenbahnstrecke Gjevgjelija—Saloniki ist nunmehr endgültig an Griechenland übergegangen, und zwar gegen eine Entschädigung von 20 Millionen Francs zuzüglich 6 Proz. Zinsen ab 1923, wovon die erste Hälfte Mitte Mai d. J., die zweite um die gleiche Zeit 1930 fällig wird. Damit begibt sich das jugoslawische Konsortium „Syndicat national des chemins de fer“, das 1923 unter Garantie des jugoslawischen Staates für 20 Millionen Francs alle Ansprüche der französischen Betriebsgesellschaft „Compagnie des chemins de fer orientaux“ übernommen hatte, all seiner Rechte. Diese Bahnstrecke wurde seinerzeit von der Türkei gebaut und von der genannten französischen Gesellschaft betrieben, die nach Beendigung des Krieges, als Griechenland Thrazien bis zur Tschadalscha-Linie besetzte, die Herausgabe ihres Wagenparks forderte.

Schiffahrt

Verkehrsbericht des Schiffahrts-Vereins zu Breslau e. V.

Für die Woche vom 15. April bis 21. April 1929.

Schiffsfrachten in R.-Mark je Tonne (exkl. aller Nebenkosten, als Umschlag Zollabfertigung, Assekuranz, Kippgebühr).
Schiffsfracht für ganze Kahnladungen

von: nach:	Breslau			Oppeln			Cosel-Oderhaf.		
	Berlin	Stettin	Hamburg	Berlin	Stettin	Hamburg	Berlin	Stettin	Hamburg
Steinkohle									
a) Oberspree:	4,00	3,35	—	5,70	5,05	—	6,30	5,65	—
b) Unterspree:	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Für andere Güter in ganzen Kahnladungen sowie für Teilmengen treten entsprechende Zuschläge ein.

Der erneute Wasserwuchs zu Anfang der Berichtswoche, das damit zusammenhängende Legen der Wehre am 16. d. M. und deren Wiederstellen vom 18. d. M. ab hat die Talschiffahrt stark behindert. Am 18. abends lagen von der obersten Schleuse Januschkowitz bis in den Hafen Cosel hinein fast 100 fertig beladene Kähne. Erst gegen Ende der Woche ist der große Rang in Bewegung gekommen. Um ihr Vorwärtskommen nicht weiter aufzuhalten, hat die Behörde dankenswerterweise genehmigt, daß am Sonntag, den 21. d. M., auf der ganzen oberen Oder wie wochentags geschleust würde. Insgesamt sind 266 Talkähne von Cosel-Hafen in der Berichtswoche abgefahren und durch Ransern 203 gemeldet. Der Bergverkehr durch Ransern wurde uns mit 115 beladenen, 184 leeren Kähnen genannt. Umgeschlagen wurden zu Tal in: Cosel-Hafen: 80 133 t, darunter 2657,5 t verschiedene Güter; Oppeln: 1002 t, darunter 532 t verschiedene Güter; Breslau: 14 141 t, darunter 5902 t verschiedene Güter; Maltsch: 13 693 t, darunter 2334 t verschiedene Güter und 2585 t Steine. Der im Breslauer Hafengebiet gesunkene Kohlenkahn und der bei Januschkowitz schwer havarierte und gesunkene, mit Schlacken beladene Bergkahn hindern die

Schiffahrt nicht. — Stettin war weiter mit Übernahme von Massengut aus Bergladung hinreichend beschäftigt. Das Geschäft von Hamburg nach der Oder war etwas abgeschwächt. Kahnraum genügend vorhanden.

Zum Oderausbau

hat der Preußische Landtag am 23. d. M. folgenden Antrag angenommen: „Das Staatsministerium wird ersucht, im Einvernehmen mit der Reichsregierung nachzuprüfen, ob die Erfahrungen des Winters 1928/29 es nicht als erforderlich erscheinen lassen, daß ein oder mehrere kräftige Hochseisbrecher beschafft werden, damit auch in harten Wintern der Zugang zu Stettin und anderen deutschen Ostseehäfen länger offengehalten werden kann. Das Staatsministerium wird ersucht, zwecks Ausbaus der Oderwasserstraße für 1000-t-Schiffe, der zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Stettiner Hafens gegenüber Danzig und Gdingen namentlich hinsichtlich des Umschlages von Massengütern erforderlich ist, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß 1. das Staubecken von Ottmachau mit Beschleunigung fertiggestellt wird, 2. weitere Staubecken (Ruda-Malapane, Weistritz, Sersno, Quellgebiet der Oder) baldmöglichst in Angriff genommen werden.“

Wie groß ist die Welthandelsflotte?

Bt. Der Bericht von Lloyd's Register gibt für den Stand von Mitte 1928 einen Welttonnagebestand von 66 954 659 B. R. T. an; zum gleichen Zeitpunkt 1927 waren es 65 192 910 B. R. T. Da die Tonnage an Dampf- und Motorschiffen im Laufe des letzten Jahres um etwa 1,9 Mill. zu- und der Bestand an Segelschiffen um etwa 130 000 Tonnen abgenommen hat, ergibt sich ein Zuwachs von etwa 1,77 Mill. B. R. T. Seit dem Jahre 1914 ist die Welthandelsflotte um rund 19 755 000 B. R. T., d. h. um 43½ Proz. größer geworden. An diesem Zuwachs sind in erster Linie die Vereinigten Staaten beteiligt, die heute eine um 9 321 000 B. R. T. größere Handelsflotte besitzen. An erster Stelle steht nach wie vor Großbritannien und Irland mit 19 754 000 B. R. T. Sein Zuwachs gegenüber 1914 ist aber verhältnismäßig gering und beträgt nur etwa 862 000 B. R. T. An zweiter Stelle stehen die Vereinigten Staaten mit 13,608 Mill. B. R. T., d. h. einem Zuwachs von 9,321 Mill. B. R. T., an dritter Stelle folgt Japan mit 4,140 Mill. B. R. T. (1914 = 1,708 Mill. B. R. T.). An die vierte Stelle hat sich seit dem letzten Jahr Deutschland vorgearbeitet, obwohl es mit 3 738 000 B. R. T. immer noch um 1,397 Mill. B. R. T. hinter seinem Vorkriegsstand zurückbleibt. Es folgen dann Italien mit 3,349 Mill. B. R. T. (1914 = 1,430 Mill. B. R. T.), ferner Frankreich mit 3,256 Mill. B. R. T. (1914 = 1,922 Mill. B. R. T.), dann Norwegen mit 2,954 Mill. B. R. T. (1914 = 1,957 Mill. B. R. T.), Holland mit 2,809 Mill. B. R. T. (1914 = 1,472 Mill. B. R. T.), die Britischen Dominien mit 2,75 Mill. (1914 = 1,632 Mill. B. R. T.), ferner Schweden, Griechenland, Spanien und Dänemark, die auch sämtlich über 1 Million T. Schiffsraum besitzen. Die prozentuale Beteiligung der einzelnen Länder an der Welthandelsflotte ist besonders interessant. Vor dem Krieg hatten Großbritannien und Irland einen Anteil von 41,6 Prozent, heute nur von 30,3 Prozent. Die Vereinigten Staaten hatten damals 9,4 Proz., heute aber 21 Proz., Japan damals 3,8 Proz., heute 6,4 Proz., Deutschland damals 11,3 Proz., heute nur 5,7 Proz., Italien damals 3,1 Proz., heute 5,1 Proz., Frankreich damals 4,2 Proz., heute 5 Proz., Norwegen 4,3 Proz., heute 4,5 Proz., Holland damals 3,2 Proz., heute 4,3 Proz. Es sind demnach ganz beträchtliche Verschiebungen eingetreten, die auf Kosten des Hauptschiffahrtslandes England gegangen sind. Gewaltig zurückgegangen ist gegenüber 1914 die Segelschiffstonnage, die heute nur noch 2,7 Proz. der Welthandelsflotte ausmacht, wovon mehr als die Hälfte auf die Vereinigten Staaten entfällt. Wie sehr sich die Antriebsart geändert hat, geht aus folgenden Zahlen hervor: im Jahre 1914 war ein Schiffsraum von 730 000 B. R. T. mit Dampfturbinen und von 220 000 B. R. T. mit Motoren ausgerüstet; heute sind rund 9,7 Mill. B. R. T. mit Dampfturbinen und rund 5,5 Mill. mit Motoren versehen. In dieser Hinsicht ist auch interessant zu hören, daß die Motorschiffstonnage im vergangenen Jahr um rund 1,2 Mill. B. R. T., die Kohlenstoffstonnage dagegen nur um 280 000 B. R. T. zugenommen hat. Im Rahmen der gesamten Welthandelsflotte beträgt der Anteil der Motorschiffstonnage heute etwa 9,1 Proz. der Dampftonnage. Im Hauptschiffahrtsland England beträgt der Anteil der Motorschiffstonnage aber nur 8,4 Proz., in Japan 3,9 Proz., in den Vereinigten Staaten 3,7 Proz., demgegenüber ist in Deutschland der Anteil der Motorschiffstonnage 14,7 Proz., in Norwegen 33,9 Proz., in Schweden 34,8 Proz. und in Dänemark rund 38 Proz. Während im Jahr 1914 noch 89 Proz. der Welthandelsflotte Kohlenfeuerung hatten, sind es heute nur noch knapp 61 Proz.

**Attiengeellschaft für
Wirtschafts- und Steuerberatung**
Ohlawerstrasse 28 Breslau Eingang Weidenstr.
Fernsprecher 545 57
Revisionen & Bilanzen & Gutachten

Messen u. Ausstellungen

Zur Danzig-Ausstellung in Breslau

20. April bis 12. Mai

Die Danzig-Ausstellung des Deutschen Auslandsinstituts Stuttgart ist die erste diesjährige Ausstellung die auf dem Gelände der Breslauer Messegesellschaft in Scheitnig (in der Südhalle am Zoologischen Garten) veranstaltet wird. Diese Wanderausstellung, die alle größeren Städte des Reiches bereist, hat den Zweck, das deutsche Danzig den Herzen der Deutschen näher zu bringen. Sie trägt — das zeigt schon eine flüchtige Besichtigung — in nachdrücklicher Weise dazu bei, dem deutschen Volke, dem sich Danzig trotz seiner Abtrennung vom Reiche kulturell und wirtschaftlich auch weiterhin eng verbunden fühlt, eingehende Kenntnis der Danziger Verhältnisse zu vermitteln. Wenn die alte Hansestadt, die jetzt eigene Staatlichkeit besitzt und wirtschaftlich stark von Polen abhängig ist, die Gewißheit bekommt, daß sie von ihren deutschen Volksgenossen nicht vergessen wird, dann wird es ihr auch gelingen, ihre deutsche Kultur sich ungeschmälert zu erhalten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die höchst sehenswerte Ausstellung gerade in Breslau und Schlesien einen besonders starken Widerhall finden wird. Besteht doch zwischen Danzig und Breslau, diesen wichtigen Vorposten des Deutschtums im Osten, eine innige Schicksalsverbundenheit insofern, als unsere Heimat durch den unglücklichen Ausgang des Krieges weite Gebietsteile verloren hat, und Danzig ganz vom Mutterlande abgetrennt worden ist. Sehr eng sind ja auch die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, die von altersher zwischen beiden Städten gepflegt werden. Diese und ähnliche Gedankengänge klangen auch in den Ansprachen an, die bei der Eröffnung der Ausstellung am 20. April in Anwesenheit einer großen Anzahl geladener Gäste und der Vertreter der Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunalbehörden von dem Vorsitzenden des Vorstands des Deutschen Auslandsinstituts Generalkonsul Dr. h. c. W a n n e r, Landeshauptmann Dr. v o n T h a e r, dem stellvertretenden Präsidenten des Danziger Senats Gehl sowie Oberpräsident L ü d e m a n n gehalten wurden. Möge der Ausstellung, die noch bis zum 12. Mai dauert, auch in Breslau ein voller Erfolg beschieden sein und der ehrwürdigen Stadt Danzig zu ihren alten Freunden recht viele neue hinzugewinnen!

Ein kurzer Überblick über die Ausstellung zeigt schon die Mannigfaltigkeit dessen, was sie bietet. Sie umfaßt in ihrem ersten Teil eine Darstellung der geographischen Lage der Stadt und des gesamten Gebiets der Freien Stadt Danzig in ihrer Verkehrslage zu Deutschland und Polen, sie zeigt, wie man aus Deutschland nach Danzig zu Lande, zu Wasser und in der Luft reist, welches die Entfernungen von den deutschen Großstädten sind. Sie gibt ferner Auskunft über das historische Werden und Wachsen der Stadt von den frühesten Zeiten der hanseatischen Gründung an, zeigt in Modellen die alte Stadtbefestigung und Umwallung, läßt die Veränderung der Grenzen des Gebiets durch die Jahrhunderte erkennen und bespricht die Zusammensetzung der Bevölkerung aus deutschen Einwanderern aller Stämme und ihr Wachstum bis auf den heutigen Tag. Durch die ganze Ausstellung zieht sich eine Fülle künstlerischer Bildaufnahmen der Staatlichen Meßbildstelle Berlin, die in hervorragender Weise das gesamte Stadtbild wie auch den Kunstbesitz Danzigs an privaten Gebäuden, Kirchen und öffentlichen Gebäuden wie auch an Zeugen alter Handwerkskunst darstellen. Die Bilder werden ergänzt durch Stiche und Zeichnungen alter und lebender Meister, durch Kreide- und Federzeichnungen, Aquarelle und Ölgemälde, vor allem aber durch die in der Ausstellungsabteilung des Auslandsinstituts gefertigten

bunten statistischen Tafeln, die das gesamte Leben der Bevölkerung in klarer Zusammenstellung und wirkungsvoller Farbigkeit aufzeigen. Der geschichtlichen Darstellung folgen die Gegenstände aus dem Gebiet von Kunst und Kultur, Schule und Kirche. Ein prächtiges Modell der Marienkirche, des Wahrzeichens von Danzig, beleuchtete Dioramen des Danziger Stadtbildes und einzelner berühmter Gassen und Straßen, Modelle der Technischen Hochschulanlagen und einzelner Schulen wie Siedlungen aus neuer Zeit wechseln ab mit kostbaren Proben aus dem Kirchenschatz der Marienkirche, mit Arbeiten aus den Danziger Schulen, mit herrlichen alten Schränken und Modellen. In einer besonderen Abteilung wird auch das Landgebiet der Stadt Danzig berücksichtigt mit Modellen seiner alten Bauernhäuser, seiner Schleusen und seiner Schöpfwerke, mit Einzelstücken aus Bauernstuben und Gebrauchsgegenständen der Landbevölkerung. Es fehlen nicht sehenswerte Bernsteinarbeiten, nicht die berühmte „Lachs“-Stube mit Originalmodellen und Truhen. Die Abteilung „Danzig in Reederei, Handel, Industrie und Schifffahrt“ beansprucht besondere Aufmerksamkeit. Hier wird an Hand eingehender Statistiken und Tabellen das Wirtschaftsleben der Stadt einst und jetzt instruktiv behandelt. Hier werden auch all die Sorgen und Nöte offenbar, welche die wirtschaftliche Abhängigkeit von Polen mit sich bringt: Um nur die wichtige Frage des Gdingener Hafens herauszugreifen, dessen Ausbau bekanntlich von Polen außerordentlich gefördert wird, so daß er eine immer schärfere Konkurrenz für Danzig wird. Besonders wirkungsvoll sind in der wirtschaftlichen Abteilung vertreten die Darstellungen und Modelle aus Danzigs großer Schiffsbauinterie und seinem Hafenbetrieb. Die Klawitter-Werft-Modelle von Eisbrechern und Weichseldampfern, der große Schichau-Kran und die Schichau-Modelle des früheren Kriegsschiffsbaues, der Torpedoboote und Kreuzer, bilden zusammen mit den Modellen alter Segler und Koggen eine prächtige Schau für sich. Es ist gewissermaßen der Ausdruck des alten hanseatischen Geistes der Stadt, wenn in einem anderen Raum die geistige Kultur der Stadt, alles Schrifttum über Danzig und alles Schrifttum von Danzigern selbst in einem mächtigen Fahrzeug im Stil eines alten Wikinger Schiffes ausgestellt wird, das seine geistige Frucht in alle Welt hinausträgt.

Altes und Neues ist so in der Ausstellung zu einem harmonischen Ganzen verbunden. Mit ihren gegen 50 großen und prächtigen Modellen, mit ihren Originalurkunden aus allen Zeitperioden der Danziger Geschichte bietet sie ein so vollständiges Bild des alten deutschen Danzig, wie das im Rahmen einer Wanderausstellung überhaupt möglich ist.

„Wuwa“ Breslau

Die Gruppe „Grün- und Freiflächen“ der Hallenausstellung wird in einer Sonderschau auf dem Freigelände im Scheitniger Park die Fragen moderner Friedhofskunst behandeln. Unmittelbar an der Schrotholzkirche werden Grabzeichen aus Stein, Holz und Eisen, angefertigt nach Entwürfen einzelner Künstler und unter Beteiligung der schlesischen kunstgewerblichen Schulen und Kunsthandwerker, aufstellung finden. Im Anschluß daran werden die Breslauer Mitglieder (Landesverband 8) des Reichsverbandes des Deutschen Steinmetzgewerbes Grabdenkmäler aus Naturstein für Reihengräber, Park-Grabstellen und andere Grabstätten zeigen. Die Begutachtung der Entwürfe erfolgt durch den Arbeitsausschuß der Werkbundaussstellung. Um die Kenntnis der schlesischen Natursteine, die sich besonders zu Denkmalszwecken eignen, einem weiten Kreise vor Augen zu führen, fügt die Gruppenleitung eine Ausstellung der heimischen Gesteinsarten und ihrer verschiedenen Bearbeitungsmöglichkeiten an. Diese Sonderschau wurde insbesondere mit Rücksicht auf die Tagungen Deutscher Baufachleute und der Angehörigen der Steingewerbe in die Wege geleitet. Eine Reihe führender schlesischer Steinindustrien haben ihre Beteiligung zugesagt. Fachleute und Laien werden hier also Gelegenheit haben, den Reichtum unserer Provinz an Natursteinen kennen zu lernen.

Das schlesische Handwerk soll, wie bekannt, im Rahmen der Ausstellung „Wohnung und Werkraum“ eine besonders eingehende Berücksichtigung erfahren. Die zur Aufnahme der handwerklichen Musterbetriebe bestimmte Sonderhalle ist nun in diesen Tagen im Rohbau fertiggestellt worden. Auf dem Freigelände östlich der Jahrhunderthalle, wenige Schritte vom Grüneicher Weg, mit dem schönen Hintergrund der alten Baumgruppen des Scheitniger Parks, erhebt sich eine langgestreckte Basilika: das Heim für die Gruppe „Werkraum des Handwerks“ während der 3 Ausstellungsmonate. Es ist ein einfacher, leicht versetzbarer Fachwerkständerbau von etwa 100 Meter Länge und 18 Meter Breite. Von beiden Seiten läßt ein durchlaufendes Fensterband dem Tageslicht freien Zutritt. Eine zweite Lichtquelle ist durch eine sogenannte „Laterne“, einen Oberlichtaufbau in ganzer Dachlänge gegeben. Die Wahl des Materials wurde in allen Teilen so getroffen, daß der Bau nach Erfüllung seiner Zwecke ohne Sachschaden wieder abmontiert werden kann (Holzgerüst mit Bretter-

Besichtigen Sie bitte unsere Büro-Ausstellung

Tauentzienstraße 53

Büro Bedarissgesellschaft Breslau

A. v. Kondratowicz

Büromöbel — Karteien — Registraturen
Buchhaltungen — Schreib- und Rechenmaschinen

verschaltung). Die Halle wird am 1. Mai im wesentlichen fertig sein, so daß dann die Einbauten beginnen können. Wohl selten hat das Handwerk eine bessere Gelegenheit gehabt, vor einer großen Öffentlichkeit von Art und Umfang seines Strebens und von seinem Geltungswert auch in einem technisch-maschinellen Zeitalter eindringlich Zeugnis abzulegen.

Die Frankfurter Mustermesse

hat ein nur einigermaßen befriedigendes Ergebnis aufzuweisen. Die Gesamtzahl der Aussteller war gegenüber der letzten Frühjahrsmesse erheblich zurückgegangen und kam ungefähr derjenigen der letzten Herbstmesse gleich. In den Abteilungen, die bisher den Kern der Messeveranstaltungen bildeten, zeigte sich ein ausgesprochener Abbau. Das gilt insbesondere für die Textilmesse und die Lederwarenabteilung. Dagegen hat sich die Möbelmesse zu einer beachtenswerten Größe entwickelt. Lebhaft war der Messeverkehr eigentlich nur am Sonntag, während er an den übrigen Tagen ziemlich abflaute. Über die Ergebnisse der einzelnen Branchen ist folgendes zu bemerken: Die Textilaussteller waren im großen und ganzen enttäuscht. Nur Strickwaren und Strümpfe, Wäsche und Gardinen konnten zum Teil recht flott verkauft werden. Die Schuh- und Ledermesse litt unter dem bekannten Boykott des Schuhfabrikantenverbandes. In Lederwaren hatten die Offenbacher und Wiener Firmen leidliche Erfolge. In der Möbelmesse sind die meisten Aussteller zufrieden gestellt worden. Interesse fanden hauptsächlich Küchen- und Polstermöbel, Schlafzimmer, Stühle. Die Kunstgewerbeabteilung konnte Textilien in befriedigendem Umfang absetzen, während Keramik wenig Liebhaber fand. In Haushaltsartikeln wurden ansehnliche Umsätze gebucht, hier sind auch namentlich Exportaufträge erteilt worden. Die Sonderveranstaltungen, unter denen die Baumesse, die Lebensmittelausstellung und die Bürobedarfsabteilung hervorragten, fanden großen Anklang. — Hinsichtlich der Textilmesse waren übrigens in Frankfurt ähnliche Erscheinungen zu beobachten, wie sie in den letzten Jahren auch sehr zum Schaden der Breslauer Messen aufgetreten sind. Viele Firmen machten sich die Messepropaganda zunutze, um die auswärtigen Interessenten zu einem Besuch der Stadtlager zu veranlassen, wo die Umsätze vielfach weit größer waren als an den Messeständen. — Die schwachen Gesamtergebnisse dieser 20. Frankfurter Messe haben den beteiligten Kreisen nahegelegt, neuerliche Erwägungen darüber anzustellen, ob diese Messeveranstaltungen sich künftig noch in gleicher Art und in gleichem Maßstab werden aufrecht erhalten lassen. Bekannt ist ja der offene Widerstand der Stadtverordnetenmehrheit gegen städtische Sub-

ventionen für die Messe, der im vorigen Sommer schon zu einem ersten Konflikt mit dem Magistrat geführt hat und der auch die Gründung des „Vereins zur Erhaltung der Frankfurter Messe“ zur Folge hatte. Die von diesem Verein aufgebrachtten Summen reichen jedenfalls nicht aus, um eine zweimalige Abhaltung der Frankfurter Messen in jedem Jahre zu gewährleisten. Man spricht deshalb bereits davon, sich mit einer Messe jährlich zu begnügen, und es erscheint nicht ganz ausgeschlossen, daß man sich vielleicht mit der Stadt Köln darüber einigt, die Frühjahrs- bzw. die Herbstmesse nur noch in einer der beiden Städte zu veranstalten.

Rußlands Erfolge auf der Königsberger Messe

In einer Sonderausgabe der von der Handelsvertretung der U. d. S. S. R. in Deutschland herausgegebenen Halbmonatsschrift „Die Volkswirtschaft der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken“ wird u. a. über das Ergebnis der Teilnahme der Sowjet-Union an deutschen Messen im Jahre 1928 berichtet. Darin heißt es über die Messeerfolge der Sowjet-Union in Königsberg: „Das Anwachsen der Umsätze der Handelsvertretung in Königsberg, wie wir es von einer Messe zur anderen beobachten können, zeigt, daß die Teilnahme der U. d. S. S. R. an der Königsberger Messe ein wichtiger Faktor zur Erweiterung unserer Handelsbeziehungen mit Ostpreußen ist.“ Auf Grund der in Königsberg erzielten Erfolge hat sich die Handelsvertretung der U. d. S. S. R. in Deutschland für die Königsberger Jahresmesse von 1929 größere Ausstellungsräume als in den vergangenen Jahren reservieren lassen.

Ständige Ausstellungen für Landmaschinen in Rußland

Angeregt durch die Erfolge der ständigen Ausstellung deutscher Werkzeugmaschinen in Moskau (vgl. „OWZ.“ VII. Jg., Nr. 37, S. 644), hat der russische Oberste Volkswirtschaftsrat die Schaffung einer ständigen Ausstellung und einer Wanderausstellung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten beschlossen und die Organisation dieser Ausstellungen dem Volkskommissariat für Landwirtschaft übertragen. Die ständige Ausstellung wird ihren Sitz in Moskau haben, die Wanderausstellung soll aus mehreren Abteilungen bestehen, die von der Propagandaabteilung des Landwirtschaftskommissariats in alle Teile des Reiches geschickt werden sollen, um der russischen Landbevölkerung die Vorteile moderner Arbeitsmethoden und -maschinen in praktischer Anwendung vor Augen zu führen. Die Beschaffung der erforderlichen Maschinen und Geräte wird im Inlande direkt durch das Landwirtschaftskommissariat und im Auslande durch die Handelsvertretungen der USSR. erfolgen.

Osteurop. Wirtschaftsnachrichten

P. Die Danziger Wechselklagen im Jahre 1928. Nach amtlichen Feststellungen sind im Gebiet der Freien Stadt Danzig während des Jahres 1928 insgesamt 1779 Wechselklagen zu verzeichnen gewesen. Der Gesamtwert der Objekte hat, wenn man für einen nicht mehr zu ermittelnden Fall den Durchschnittswert der übrigen Klagen einsetzt, den Betrag von 951534 DG. erreicht. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß im Vergleich zu den Wechselklagen des Vorjahres die Zahl der Wechselklagen im Jahre 1928 zwar um 414 zugenommen, der Wert der Objekte jedoch um nicht weniger als rund 506 000 DG. abgenommen hat. Während im Jahre 1927 der Durchschnittswert der Wechselklage 1068 DG. betragen hatte, belief er sich im Jahre 1928 nur noch auf 534 DG.

* * *

ow. Polens Wirtschaftskonjunktur im März. Die im Februarbericht des Warschauer Instituts für Konjunkturforschung zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß der März die Lage in der Eisenindustrie und mithin auch die Lage der polnischen Wirtschaftskonjunktur klären werde, ist durch die tatsächliche Entwicklung nicht voll bestätigt worden. Infolge der im März anhaltenden Kälte hatte das Wirtschaftsleben immer noch unter dem Einfluß der atmosphärischen Faktoren zu leiden. Der Stand der Eisenbestellungen beim Hüttensyndikat war im 1. Quartal d. J. immer noch um 14,3 Proz. schlechter als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Gegen den Vormonat hat sich der Stand allerdings um 17 Proz. gebessert. Der Index der Eisenproduktion im März belief sich auf 146 Proz., d. i. ungefähr der Stand vom März des Vorjahres. Die Eisenindustrie, wie überhaupt alle Zweige, die Produktionsgüter erzeugen, haben im Jahre 1928 ihre Produktion in ungewöhnlich starkem Ausmaß ausgebaut. Der Index für die Erzeugung von Produktionsgütern stellt sich 1928 um 24 Proz. höher als im Jahre 1927, während der Index für die Erzeugung von Konsumgütern sich nur um 7,5 Prozent höher stellte. Das Ausmaß der Produktion von Konsumgütern im ersten Quartal d. J. steht der Produktion der gleichen Zeit des Vorjahres um nichts nach. Der Index der Eisenbahnverladungen, der in gewissem Grade die Vorbereitungen der Industrie für ein kleineres oder größeres Ausmaß der Produktion in den nächsten Monaten charakterisiert, stellte sich im März auf 117,2 (gegen 103,1 Proz. im Februar). Er war aber um 6 Proz. niedriger als im März des Vorjahres. Auch der Index der Bauindustrie und der Produktionszweige, die mit dieser Industrie zusammenhängen, ist niedriger als im Vorjahr. Aber selbst wenn das wirkliche Ausmaß der Bau-

bewegung im weiteren Verlauf der gegenwärtigen Saison ebenso groß sein sollte wie in der abgelaufenen Saison, so wird sich das Ausmaß der Produktion in den mit dem Bauindustrie verknüpften Zweigen zweifellos in engeren Grenzen bewegen. Die vorangegangene Saison war von Anfang an auf eine bedeutende Produktion eingestellt. Die Bewertung der Konjunkturmöglichkeiten war durchaus optimistisch. Daher das Ausmaß der Erzeugung und die vielen falschen wirtschaftlichen Dispositionen. Gegenwärtig ist die Bewertung pessimistisch. Die wirtschaftlichen Dispositionen der Produktion sind überaus vorsichtig und nüchtern. So stellt sich der Index der Eisenbahntransporte für Baumaterialien im März nur auf 109 Proz. (gegen 170,3 Proz. im März des Vorjahres). Bei dieser Veränderung spielt der Waggomangel in diesem Jahr nur zum Teil eine Rolle. Im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Konjunktur steht sicherlich der Rückgang der Einfuhr im März. Die Einfuhr in diesem Monat war geringer als in einem jeden Monat im Vorjahr. Die saisonmäßige Abnahme der Arbeitslosigkeit hat im laufenden Jahre später als normal eingesetzt, und der Grad der Verringerung war etwas schwächer als im Vorjahr. Am 13. d. M. war die Zahl der Arbeitslosen um 4 Proz. höher als im Vorjahr. Voller Widersprüche ist die Entwicklung der Preise. Normalerweise fallen die Preise während eines Konjunkturrückganges. Indessen macht sich gegenwärtig eine rückläufige Preisbewegung nicht bemerkbar: im Gegenteil zeigt sich eine gewisse Festigkeit. Die Preise für gewisse Waren sind sogar gestiegen, z. B. für Kohle, Zement. Die Zahlungsfähigkeit hat sich infolge der finanziellen Anspannung verschlechtert. In den Jahren 1927/28 war das System der langfristigen Wechsel und Prolongierungen allgemein in Anwendung. Gegenwärtig sind die im Entstehen begriffenen Konventionen der Produzenten und Grossisten bemüht, die Laufzeit der Wechsel zu beschränken. Diese Beschränkungen ließen sich aber infolge Verschlechterung des Absatzes nicht immer einhalten. Die Zahl der bei der Bank Polski protestierten Wechsel ist im März auf 5 Proz. gestiegen. Das ist seit Februar 1926 eine nicht dagewesene Erscheinung. Nach den bei den Notaren angemeldeten Protesten zu urteilen, hat das Tempo der Protestzunahme aber inzwischen abgenommen. Die Aktienkurse haben Ende März den niedrigsten Punkt seit dem Februar 1927 erreicht. Die Rentabilität der Pfandbriefe hat im März etwas zugenommen. Irgendwelche Erscheinungen für eine Entspannung der Lage auf dem Geldmarkt machten sich aber nicht bemerkbar. Die Lage in der Landwirtschaft war weiterhin unbefriedigend. Die Schwierigkeiten der Landbevölkerung im Zusammenhang mit dem Preis-

rückgang für Pflanzen- und tierische Produkte und dem Mangel an Futtermitteln sind trotz einer Preisbesserung auch im März nicht gewichen. Trotzdem ist mit einer Reduzierung der Frühjahrssaaten nicht zu rechnen. Auch dürfte die Verwendung von Kunstdünger keine Einschränkung erfahren. Gewisse Industriezweige, die für die Landwirtschaft arbeiten, werden aber kaum auf eine Besserung der Kaufkraft ihrer Kundschaft vor der neuen Ernte rechnen können. Die allgemeine Wirtschaftskonjunktur, so schließt der von der „Epoka“ veröffentlichte Institutsbericht, ist in die Phase eines leichten Rückganges eingetreten, doch ist die Phase der Belebung, die bis Ende vorigen Jahres anhielt, noch nicht als völlig beendet anzusehen. Direkte Krisenerscheinungen haben sich bisher nicht gezeigt. Die normale Frühjahrsbesserung dürfte auch den Verlauf des gegenwärtigen Konjunkturrückganges mildern.

ow. Die staatliche „Bank Gospodarstwa Krajowego“ (Landeswirtschaftsbank) schließt ihre soeben vom Finanzminister genehmigte Bilanz für 1928 mit einer Summe von 1 715 000 000 Zloty (gegenüber 1 425 000 000 Zloty i. J. 1927), d. h. mit einer um 23 Proz. höheren Endsumme ab. Diese Erweiterung der Finanztätigkeit der Bank war nur möglich durch die inzwischen erfolgte Erhöhung des Stammkapitals, das 1926 85 Mill. Zloty betrug. Ende 1927 auf 120 Mill. erhöht wurde und sich Ausgangs 1928 auf 150 Mill. Zloty belief. Die Gesamtsumme der Eigenkapitalien überschreitet nunmehr 200 Mill. Zloty. Die Einlagen des Staatsschatzes stellten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 356 Mill. Zloty (gegen 284 Mill. Zloty i. J. 1927), die sonstigen Einlagen auf 351 (315) Mill. Zloty, die Emissionen auf 583 (391) Mill. Zloty. An der bedeutenden Zunahme der Einlagen des Staatsschatzes sind von selten des Finanzministeriums bei der Bank untergebrachte umfangreiche Baufonds beteiligt. Das verhältnismäßig geringe Anwachsen der übrigen Einlagen und die gleichzeitige starke Steigerung des Diskonts steht im engen Zusammenhang mit dem Bargeldmangel, der besonders in der Mitte des abgelaufenen Jahres stark in Erscheinung trat und den Zufluß von Depositen hemmte. Die erhöhte Tätigkeit der Bank auf dem Gebiete des langfristigen Amortisationskredits machte eine bedeutende Vergrößerung der Emissionen notwendig. Von den i. J. 1928 erteilten Krediten haben die in Form von Pfandbriefen und Obligationen gegebenen am stärksten zugenommen, und zwar insgesamt von 391 Mill. Zloty Ende 1927 auf 583 Mill. Zloty Ende 1928. Darunter weisen die Kredite in Form von Kommunalobligationen eine Steigerung von 306 auf 446 Mill., von Pfandbriefen von 70 auf 101 Mill. und von Bankobligationen von 2,5 auf 24 Mill. Zloty auf. Die langfristigen Barkredite erfuhren eine Erhöhung von 380 auf 439 Mill. Zloty, die kurzfristigen Kredite, wie Wechsel und befristete Ausleihungen, von 136 auf 176 bzw. 25 auf 43 Mill. Zloty. Die laufenden Rechnungen gingen von 93 Mill. Ende 1927 auf 87 Mill. Zloty zurück. Die Konsortienanteile der Bank stiegen von 20 auf 46 Mill. Zloty. Die Kredit- und Konsortientätigkeit der Bank hat sich gemäß den Statuten und dem Charakter der Institution vor allem auf die Unterstützung der staatlichen Unternehmungen und auf solche Unternehmungen gerichtet, die von besonderer Bedeutung für den Staat sind, sowie auf die Finanzierung von Körperschaften, wie der Selbstverwaltung, der kommunalen Sparkassen, der Genossenschaften usw. Von den Aktivposten der Bilanz seien erwähnt: Kassenbereitschaft 52 Mill. (gegenüber 46 Mill. i. J. 1927), Wertpapierbestand 129 (152) Mill. Zl. Die Garantien der Bank weisen eine Abnahme von 61 auf 29 Mill. Zl. auf. Der Reingewinn in Höhe von 7,2 (4,6) Mill. Zloty wurde statutengemäß zu 35 Proz. (= 2,5 Mill. Zloty) dem Reservefonds für Pfandbriefe und Obligationen, zu 40 Prozent (= 2,9 Mill. Zloty) dem allgemeinen Reservefonds zugewiesen und zu 25 Proz. (= 1,8 Mill. Zloty) der Regierung zur Verfügung gestellt.

ow. Die Belebung der Bautätigkeit in Polen bildet eine der Hauptaufgaben der staatlichen Bank Gospodarstwa Krajowego (Landeswirtschaftsbank), die aber in den letzten Jahren infolge Kapitalmangels, und weil sie zunächst die durch den Zlotysturz ins Wanken gekommenen Privatbanken stützen und die verschiedenen staatlichen Industrieunternehmen finanzieren mußte, noch wenig auf diesem Gebiet leisten konnte. Auch die inzwischen erfolgte wiederholte Erhöhung des Stammkapitals, das 1926 erst 85 Millionen Zloty und Ende 1928 150 Millionen Zloty betrug, setzte diese Bank nur in ungenügender Weise in die Lage, den Kreditbedürfnissen des Baumarcktes zu entsprechen. Darunter hatte letzten Endes auch die polnische Eisen- und Zinkhüttenindustrie zu leiden, deren private Inlandsaufträge in jüngster Zeit sogar noch weiter zurückgegangen sind. Nunmehr hat sich aber der Aufsichtsrat der Landeswirtschaftsbank in seiner vor einigen Tagen stattgefundenen Sitzung entschlossen, beim Finanzministerium die Anweisung von 100 Millionen Zloty zur Verstärkung des Kreditfonds für private Bauzwecke zu bewirken. — Noch ungewiß ist das Schicksal des kürzlich im Sejm eingebrachten Gesetzentwurfes über die Einführung einer Wohnbausteuer, da die Regierungsbildung wahrscheinlich Sejm auflösung und Neuwahlen zur Folge haben wird. Dieses Steuerprojekt ist schon lange in der Schwebe und auch bereits seit mehreren Monaten in der polnischen Presse aufs heftigste erörtert worden. Infolge der durch das Währungsgesetz vom Oktober 1927 sanktionierten Wertverminderung des Zloty betragen die Wohnungsmieten in Polen auf Grund des alten Mieterschutzgesetzes statt 100 Proz. tatsächlich und im allgemeinen nur etwa 57 Proz. der Vorkriegsmiete. Das neue Gesetz will nun die Mieten je nach Größe und Bestimmung der Räume binnen fünf Jahren bis auf 130 bzw. 200 Proz. der Vorkriegshöhe heraufsetzen.

und 75 Proz. der Erhöhung sollen im Steuerwege der Finanzierung von Neubauten zugute kommen. Auf der Seite der Opposition findet man sowohl Hausbesitzer wie Mieter. — Mit der Normung von Baumaterialien sind gegenwärtig im Auftrag der Regierung mehrere Kommissionen beschäftigt, wobei vor allem Türen, Fensterrahmen, hölzerne Zimmerdecken sowie überhaupt gehobeltes und gesägtes Holz für Wohnbauzwecke in Frage kommen. Die ermittelten Normen werden Gegenstand von Gesetzesverordnungen werden.

ow. Aus der polnischen Industrie. Die Bismarckhütte A.-G., Wielkie Hajduki (Poln.-Oberschl.), hat in ihrer letzten Generalversammlung die Verteilung einer 10 Proz. Dividende für 1928 beschlossen. Erzielt wurde bei einem Kapital von 30 Millionen Zloty ein Gewinn von 5 245 643 Zloty, wovon 3 876 000 Zloty auf Dividende, 850 000 Zloty auf den Unterstützungsfonds der Arbeiter und Angestellten und 184 762 Zloty auf Tantiemen für den Aufsichtsrat entfallen. Die verbleibenden 334 881 Zloty werden auf neue Rechnung vorgetragen. Die Roheisen- und die Rohstahlerzeugung haben sich im verflossenen Jahre günstig entwickelt. Die erstere betrug 112 755 t (gegenüber 103 350 t i. J. 1927), die letztere 366 827 (301 256) t. Weniger gut ist die Lage im ersten Quartal des laufenden Jahres gewesen, das im Zeichen der Frostperiode und unzulänglicher Zufuhr von Alteisen stand, da die baltischen Häfen zugefroren waren. Der Mangel an Schrott, ungenügende Bestellungen und Frostschäden im Betrieb, haben zu einer Produktionseinschränkung geführt. Obwohl die Betriebskosten dadurch gestiegen sind, ist es gelungen, den Umsatz auf der Vorjahrshöhe zu halten. Vergleichsweise sei hier erwähnt, daß der Umsatz im ganzen vorigen Jahre 146,48 Millionen Zloty gegenüber 116,47 Millionen Zloty i. J. 1927 betrug. — Die G.-V. der Kattowitz A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb (Kap. 24 Mill. Zl.) hat der Übertragung des Reingewinns für 1928 in Höhe von 500 960 Zloty auf neue Rechnung zugestimmt. Dividende wird ebenso wie in den Vorjahren nicht verteilt. Die Gesellschaft, die u. a. eine Jahresproduktion von etwa 2,5 Millionen Tonnen Kohle besitzt, hat in der letzten Zeit namentlich unter den Schwierigkeiten der Waggongestellung für den Kohlenexport gelitten. Die Nachfrage für Kohle (mit Ausnahme von Industriekohle) und Koks hält gegenwärtig noch an, und die Kohlenförderung konnte, obwohl Übersichten nicht gemacht worden sind, über die Vorjahrshöhe gesteigert werden. Besonders empfindlich ist der Eisenabsatz von der kalten Witterung betroffen worden, doch liegen inzwischen wieder größere Exportaufträge vor. — Die Vereinigten Maschinen-, Kessel- und Waggonfabriken Zieleniewski & Fitzner-Gamper A.-G. in Krakau, Lemberg, Sanok und Sosnowiec, die nach der im Sommer v. J. erfolgten Fusion das größte Unternehmen für den Bau von Kesseln, Waggons und Maschinen in Polen sind (vgl. „OWZ.“ VII. Jahrg., Nr. 20, Seite 350), haben 1928 einen Reingewinn von 1,3 Millionen Zloty erzielt, aus dem eine Dividende von 10 Zloty je Kupon für das Jahr 1928 bzw. von 7,50 Zloty für $\frac{3}{4}$ Kupon des Jahres 1928 (bezeichnet mit Nr. 3) verteilt wird. Das Kapital war anlässlich der Zusammenlegung auf 11,25 Millionen Zloty erhöht worden. Aus dem Rechenschaftsbericht geht hervor, daß die Produktion der Vereinigten Fabriken sich trotz der schwierigen Wirtschaftslage so gut entwickelt hat, daß die zunehmenden Bestellungen den Ausbau der Fabriken in Sanok und Krakau notwendig machen. — Die Vereinigten Warschauer Brauereien Habermusch & Schiele erhöhen mit ministerieller Genehmigung ihr Kapital um 1 020 000 Zloty auf 12 Millionen Zloty durch Übernahme der Summe aus der Spezialreserve. Die bisherigen Aktionäre erhalten gegen je eine alte Aktie im Nominalwert von 183 Zloty zwei neue im Nominalwert von je 100 Zloty. — Die Vereinigten Zichorienfabriken Ferd. Bohm & Co. und Gleba in Wloclawek haben die ministerielle Genehmigung zur Führung dieses Firmennamens und zur Erhöhung ihres Aktienkapitals um 1 328 000 auf 2 728 000 Zloty erhalten. Wie bereits kürzlich von uns erwähnt (vgl. „OWZ.“ Nr. 3, S. 51), sind die Firmen Bohm und Gleba eine Fusion eingegangen. Die Neuemission ist durch die Übernahme der Zichorienfabrik Gleba gedeckt. Ausgegeben werden 13 280 Stück 100-Zloty-Aktien, deren Emissionspreis 141,36 Zloty beträgt. — Eine vor wenigen Tagen stattgefundene Generalversammlung der Warschauer Zuckerfabriken A.-G. hat beschlossen, zwei Landgüter und ein Vorwerk der Gesellschaft zu verkaufen, und zwar einschließlich der Zufuhrbahn Sobota—Beclawice sowie großer Lageräume in Warschau. Dieser Verkauf, der sich auf Objekte im Werte von rund 600 000 Zloty erstreckt, darf als deutlicher Beweis für die überaus schwierige Lage der polnischen Zuckerindustrie gelten. Das Unternehmen arbeitet mit einem Kapital von 12 350 000 Zloty.

ow. Neue Auslandskredite des polnischen Eisensyndikats. Bekanntlich hatte das polnische Eisensyndikat zu Anfang Dezember v. J. bei den in Polnisch-Oberschlesien ansässigen Filialen der deutschen D-Banken eine Anleihe in Höhe von 350 000 Pfund Sterling aufgenommen, an der im letzten Augenblick nach längeren Verhandlungen auch die Banque Franco-Polonaise mit einem größeren Betrag beteiligt wurde. Mit demselben Konsortium hat der Präsident des Syndikats Ing. Kiedron soeben ein neues Abkommen über einen Kredit von 245 000 Pfd. Stlg. getroffen, wovon 115 000 Pfd. Stlg. wieder auf die Banque Franco-Polonaise entfallen. Diese Kredite ermöglichen es dem Syndikat, seinen Verpflichtungen gegenüber den angeschlossenen Hütten nachzukommen, da die Abnehmer des Syndikats meistens ziemlich langfristige Kredite in Anspruch nehmen, denen das Betriebskapital der Hütten

nicht gewachsen ist. Die neue Anleihe ist aber (einschl. Provision) mit 8 Proz. zu verzinsen, gegenüber nur 7½ Proz. bei der letztjährigen Anleihe. Angesichts der Erhöhung der Diskont-rate der Bank Polski von 8 auf 9 Proz. und des Anziehens des offiziellen Zinssatzes in London um ebenfalls 1 Proz. müssen die Bedingungen jedoch als recht günstig angesehen werden. Außerdem dient diese Finanztransaktion auch zur Befestigung des Status der Bank Polski, der die aus diesem neuen Kredit eingehenden Devisen zum Eintausch gegen Zlotybeträge zugeführt werden.

ow. Auf dem Wege zum polnischen Gießerei-Kartell ist nach langen Verhandlungen, über deren einzelne Etappen wir mehrfach berichtet haben, soeben ein bedeutsamer Schritt vorwärts gemacht worden. (Vgl. „OWZ.“ VII. Jg., Nr. 29, S. 501 und S. 502.) Mit dem 11. d. M. ist eine Konvention in Kraft getreten, der folgende Gußartikel-Produzenten angehören: „Bialagon“, „Blachownia“, „Herzfeld & Viktorius“, „Kamienina“, „S. Kronenblum“, „Metalurgia“, „M. Minc“, „Poremba“, „Slowianin“, „Staporkow“ und die „Suchedniow“-Werke. Es wurde eine Handelszentrale ins Leben gerufen, der die Registrierung des Handels mit Röhren, Sanitätsartikeln, Emailtöpfen, Küchengußartikeln, Küchen- und Ofenbeschlägen, Buchsen usw. obliegt. Damit wird die polnische Produktion von Gußröhren und Emailtöpfen zu 100 Proz. umfaßt. Direktor der Zentrale ist J. Lipowski.

ow. Aus der polnischen Naphtha-Industrie. Vor einigen Tagen haben erneute Verhandlungen des Naphtha-Kartells und des Verbandes der Rohölproduzenten und Raffinerien in Warschau stattgefunden, wobei es sich wiederum um die noch immer nicht endgültig geregelten Fragen der Organisation des Exports von Naphthaprodukten, insbesondere Paraffin, ferner um Preisfragen, deren Beratung demnächst fortgesetzt werden soll, sowie um den Beitritt der kleinen Raffinerien handelte, mit denen das Kartell nochmals in Fühlung treten will. In letzter Zeit sollen diese Außenseiter so große Rohnaphtakäufe vorgenommen haben, daß den kartellierten Raffinerien Schwierigkeiten bei der Eindeckung entstanden sind (vgl. „OWZ.“ VIII. Jg. Nr. 46, S. 807). Der staatlichen „Polmin“-Gesellschaft wurde eine gewisse Rohnaphtamenge über die Kontingentsnorm hinaus zugesprochen. In Frankreich soll ein Vertriebsbüro für polnisches Paraffin gegründet werden. Zwei Vertreter des polnischen Kartells sollen mit dem tschechoslowakischen Kartell wegen Verlängerung der am 23. d. M. ablaufenden Verordnung über Zollvergünstigungen für polnische Halbprodukte verhandeln. Oberst Ing. Börner, der noch diese Verhandlungen leitete, ist jetzt Postminister geworden. An seine Stelle an der Spitze der „Polmin“-Gesellschaft ist vorläufig vertretungsweise der bisherige Verwaltungsdirektor der „Polmin“, Dr. St. Schätzkel, gekommen.

ow. Die Absatzschwierigkeiten der Lodzer Textilindustrie haben sich infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse und der damit zusammenhängenden Verspätung der Frühjahrssaison so verschärft, daß zahlreiche Betriebe nunmehr zu Produktions-einschränkungen und Arbeiterentlassungen schreiten mußten. Insgesamt ist jetzt etwa 30 000 Arbeitern gekündigt worden, die von dieser Woche ab zu verkürzter Arbeitszeit, und zwar für nur 3 Arbeitstage wöchentlich in den größeren und für 2 Arbeitstage in den kleineren Betrieben, wieder eingestellt werden. Ein Teil der kleineren Fabriken wird voraussichtlich in den nächsten Tagen die Betriebe stilllegen müssen. Nach amtlichen Daten des Konjunkturforschungsinstituts sind die Umsätze in der Textilindustrie gegenüber dem Vorjahr um rd. 50 Proz. zurückgegangen. Der Wert der zurzeit in den Händen der Lodzer Industrie befindlichen protestierten Wechsel wird mit etwa 5 Mill. Zloty veranschlagt. Die Trikotagenfabrik Wilhelm Lürkens Nachflg., Lodz, hat dieser Tage Antrag auf Zahlungs-stundung für die Dauer von 3 Monaten gestellt. Die Winter-Saison dieser Branche erfuhr im Vorjahr durch die lang anhaltende Wärme eine außerordentliche Verzögerung, während durch die dann folgenden strengen Fröste das Provinzgeschäft stark beeinträchtigt wurde.

ow. Die polnischen Seilereien produzierten 1927 (für welchen Zeitraum amtliche Daten soeben erst veröffentlicht werden) 1 358 341 kg verschiedene Seilerwaren, darunter in der Hauptsache, nämlich 744 974 kg Bindfaden. Tätig waren 24 Fabriken, wovon 12 auf die zentralen, 7 auf die östlichen, 3 auf die westlichen und 2 auf die südlichen Wojewodschaften entfielen.

ow. Durch den Konkurs der Glühbirnenfabrik „Polon“ in Bromberg, über den wir vor einigen Wochen berichtet haben (vgl. „OWZ.“ VII. Jg., Nr. 52, S. 922) werden den Aktionären zu denen u. a. die Herren Janiszewski, Przesmycka und auch Bankkreise gehören, empfindliche Verluste erwachsen, da den Passiven von über 600 000 Zloty nur geringe Vermögenswerte gegenüberstehen. Gründer des Unternehmens, das mit dem nur unbedeutenden Kapital von 102 000 Zloty arbeitete, war im Jahre 1923 ein Ingenieur Fundament aus Warschau. Es sollen unlautere Kreditoperationen vorliegen, so daß die Gerichte sich mit der Angelegenheit beschäftigen.

ow. Der Bau eines großen Ölwerks in Gdingen wird im Mai d. J. begonnen werden. Die in Neufahrwasser befindlichen „Danziger Ölwerke“, deren Aktienkapital 2,5 Mill. Zloty beträgt, sollen dann Ende d. J. in die neuen Gebäude übergeführt werden. Mit dieser Überführung wird auch ein Ausbau des Werkes verbunden sein. Die bisherige Produktion von Leinöl

belief sich bei diesen Werken monatlich auf einen Wert von 100 000 Dollar. Nach dem Ausbau wird sie 150 000 Dollar betragen. 90 Proz. der Produktion der Danziger Ölwerke werden in Polen konsumiert. Neben der Erzeugung von Leinöl beabsichtigt die Direktion auch die Herstellung anderer Öle einzuführen.

ow. Über die polnischen Wintersaaten wird nach dem Stande vom 10. April d. J. amtlich (nach dem 5-Punkte-System), wie folgt, berichtet: Weizen 3,2, Roggen 3,1. Gegenüber dem etwa vergleichbaren Stande vom 20. März des Vorjahres lauten diese Meldungen etwas günstiger und sind etwas höher als das Mittel. Allerdings sind diese Daten deshalb mit Vorsicht aufzunehmen, weil infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse die Vegetation größtenteils noch nicht begonnen hat. Die Frühjahrbestellung hat sich wegen des lange anhaltenden Winters um 3 bis 4 Wochen verspätet.

ow. Die polnische Zuckerrüben-Anbaufläche hat (nach soeben erst bekanntgegebenen amtlichen Daten) i. J. 1928 234 300 ha betragen und ist damit gegenüber den Vorjahren bedeutend größer gewesen. 1927 waren 202 000 ha mit Zuckerrüben bebaut, 1926 185 000 ha, 1925 172 000 ha, 1924 163 000 ha. Auch die Ernte hat, obwohl der Hektarertrag hinter dem Jahre 1927 zurückgeblieben ist, die Vorjahre übertroffen. Sie belief sich auf 4 902 800 t gegenüber 4 379 300 t i. J. 1927, 3 724 900 t i. J. 1926, 3 687 200 t i. J. 1925, 3 210 800 t i. J. 1924. Ein Hektar Anbaufläche ergab 1928 20,9 t, 1927 21,7 t, 1926 20,1 t, 1925 21,4 t, 1924 19,7 t. — Die von uns kürzlich erwähnten Verhandlungen (vgl. „OWZ.“ Nr. 1, S. 9), die hinsichtlich des Rübenanbaus für die Kampagne 1929/30 zwischen den Zuckerraffabriken und den Rübenanbauern geführt wurden, haben noch kein positives Resultat gehabt. Die Zuckerraffabriken vertreten den Standpunkt, daß sie angesichts der überaus ungünstigen Konjunktur auf den Auslandsmärkten nicht annähernd die Rübenpreise zahlen können, die sie in der vergangenen Kampagne angelegt haben, während andererseits die Rübenpflanzer der Ansicht sind, daß die Rentabilität des Anbaus unter diesen Umständen erschüttert und ein wichtiger Zweig des polnischen Wirtschaftslebens damit gefährdet sei.

zz. Zusammenbrüche in der böhmischen Textilindustrie. Gegen die Baumwollweberei Johann Waldhauser in Schluckenau und die Strumpffabrik Kurt Richter in Weipert wurde das gerichtliche Ausgleichsverfahren eingeleitet. Für die letztgenannte Firma hat der Ausgleichsverwalter Dr. Günther in Weipert die endgültigen Daten bereits veröffentlicht. Die Aktiven betragen 1,17, die Passiven 1,86 Mill. Kc, als Quote kommen etwa 40 Proz. in Betracht. Bei der Baumwollweberei Johann Waldhauser sind die Passiven um mindestens 4 Millionen höher, als die Aktiven. Die Firma bietet 42 Proz., zahlbar in sieben Zweimonatsraten.

ow. Die Konzentrationsbewegung in der jugoslawischen Holzindustrie macht weitere Fortschritte. Die seit einigen Monaten durch die Fachpresse gehenden und schon häufig dementierten Meldungen über eine ausschlaggebende Beteiligung der ungarisch-schweizerischen „Ofa“-Holzindustrie A.-G. in Genf an der bosnischen „Varda“-Forstindustrie A.-G. (bis Ende 1922 Gustav Mechttersheimer gehörig, dann nationalisiert) werden uns nunmehr aus Agram bestätigt. Wie wir bereits vor einigen Monaten berichtet haben (vgl. „OWZ.“ VII. Jg., Nr. 22, S. 383), hatte sich die schon damals mit Kredit-schwierigkeiten kämpfende „Varda“ (A.-Kapital 5 Mill. Dinar), die an der Drina um Visegrad herum staatliche Waldungen, zumeist Weichholz, ausbeutet, aber seit 1925 keine Dividende mehr ausgeschüttet hat, der Aktiengesellschaft „Sipad“, einem ehemaligen (deutschen) Steinbeis-Unternehmen (Doberslin-Drvar), das nach dem Kriege Staatsbesitz wurde, finanziell genähert. Das im Pfandbesitz der „Sipad“ befindliche Aktienpaket der „Varda“ ist nun in die Hände der „Ofa“ übergegangen, die außerdem auch an der Gajretbank in Sarajewo, dem Finanzinstitut der „Sipad“ und der „Varda“-Gesellschaft, dadurch wesentlich beteiligt ist, daß sie die kürzlich erfolgte Kapitalerhöhung der Bank von 20 auf 40 Millionen Dinar übernommen und damit Aktienmehrheit erlangt hat (vgl. hierzu auch „OWZ.“ IV. Jg., Nr. 44, S. 881).

Der edelste Druck ist
Stahlstich!
unsere Besonderheit!

Wir liefern: Briefbogen,
Rechnungen,
Etiketten usw.

in echt
Stahlstich-Prägung

Anerkannte
Qualitätsarbeit

Bekannt **mäßige Preise**

Künstler-Entwürfe

Bruno Groß & Co.

Breslau 2

Neue Taschenstraße 9

Fernsprecher 50247 u. 50248

Plakate — Kalender.

Werbegeschenke

in unerreichter Auswahl

Verlangen Sie kostenlos Muster u. Preise

ow. Der jugoslawische Hanfmarkt liegt noch immer unverändert still. Mit dem Erscheinen der Frühjahrsware auf dem Markt ist aber mit einer Änderung der Marktlage und der Preise zu rechnen. Teilweise hat die Frühjahrsröste bereits begonnen, die bei günstiger Witterung rasch fortschreiten dürfte. Wie schon die ersten Rösten gezeigt haben, ist mit einer erstklassigen Qualität des neuen Hanfes zu rechnen. Abgesehen von einem unbedeutenden Nachlassen der Preise für Bauernhanf bester Qualität sind die Notierungen unverändert.

ow. Die zweite Kunstseidenfabrik auf dem Balkan wird (nach der kürzlich erfolgten Gründung in Bukarest) voraussichtlich schon in nächster Zeit in Teslic, dem Sitz der Bosnischen Holzverwertungs-A.-G., entstehen. Die dortigen Holzdestillationsanlagen wurden als ehemals deutsches Eigentum nach dem Kriege liquidiert und vom Staate an eine Agrar-Gesellschaft langfristig verpachtet, wobei der Staat Mitaktionär der Gesellschaft wurde. Das Mehrheitspaket der Zagreber Holzdestillations-A.-G. ist aber im vergangenen Dezember aus dem Besitz der Ersten Kroatischen Sparkasse in die Hände eines englischen Konsortiums übergegangen, das soeben die „Chemical and Wood Ltd.“ mit einem Kapital von 1 Mill. Pfund Sterling ins Leben gerufen hat zwecks Errichtung einer Glanzstoff-Fabrik in Südslawien, deren Bau

250 000 Pfd. Sterling erfordert, sowie ferner zur Ausbeutung von Wäldern und Kohlenlagern in Bosnien. Die Teslicer Anlagen beschäftigen bereits 3000 Arbeiter, davon 600 in der Holzdestillation und die übrigen in den Forsten und Bergwerken. Die neue Glanzstoff-Fabrik soll eine Tagesproduktion von einem Waggon haben und darf angesichts der günstigen Standorts- und Produktionsbedingungen auf eine hohe Rentabilität rechnen, da der Kunstseidenverbrauch in Jugoslawien in den letzten fünf Jahren in ganz gewaltigem Maße zugenommen hat und inländische Konkurrenz nicht vorhanden ist. Der Import von Kunstseidengarn stieg seit 1924 von 12 000 auf 140 900 kg i. J. 1926 und 382 500 kg (i. W. v. 33,7 Millionen Dinar) i. J. 1928 und stammte im wesentlichen aus Italien, Deutschland und der Tschechoslowakei. Noch erheblich größer ist natürlich der Wert der Einfuhr von Kunstseidengeweben. Zu berücksichtigen wären ferner die guten Absatzmöglichkeiten nach den übrigen Balkanländern.

—sch. Eine neue Eisenbahnbrücke in Jugoslawien. Bei Agram (Zagreb) wird eine Eisenbahnbrücke über die Save gebaut werden. Die Vorarbeiten sind so weit gediehen, daß die Bauarbeiten bereits nach Mitte Mai in Angriff genommen werden können. Die erste Hälfte der erforderlichen Bausumme ist in Höhe von 40 Millionen Dinar flüssig gemacht.

Internationaler Handel

Der deutsche Außenhandel im I. Quartal

bezieht sich in der Einfuhr auf 3357,9 Millionen Mark und in der Ausfuhr auf 3061,5 Millionen Mark, ist also mit 296,4 Millionen Mark passiv gewesen. — Für März beträgt die Einfuhr im reinen Warenverkehr 1022 Millionen Mark, die Ausfuhr einschließlich der Reparationssachlieferungen 984 Millionen Mk. Der Einfuhrüberschuß beläuft sich somit auf 38 Mill. Mk. gegenüber 44 Mill. Mk. im Februar. Auf die Reparationssachlieferungen entfallen wie im Vormonat 52 Millionen Mark.

Einfuhr		in 1000 Rmk. nach Gegenwartswerten		
Warengruppen		März 1929	Februar 1929	Jan.-März 1929
1. Lebende Tiere		8 221	8 842	29 143
2. Lebensmittel und Getränke		262 879	279 574	946 691
3. Rohstoffe u. halbfertige Waren		562 955	546 051	1 797 157
4. Fertige Waren		187 875	182 386	584 896
Reiner Warenverkehr		1 021 930	1 016 853	3 357 887
5. Gold und Silber*		9 519	7 183	29 593
Zusammen		1 031 449	1 024 036	3 387 480

Ausfuhr 1929: **)				
1. Lebende Tiere		1 389	1 380	4 066
2. Lebensmittel und Getränke		49 260	48 373	163 025
3. Rohstoffe u. halbfertige Waren		223 417	210 803	681 572
4. Fertige Waren		709 458	712 765	2 212 908
Reiner Warenverkehr		983 524	973 321	3 061 571
Davon Reparationssachlieferungen		52 543	52 264	173 692
5. Gold und Silber*		2 492	3 990	9 552
Zusammen		986 016	977 311	3 071 123

*) Nicht bearbeitet, Gold- und Silbermünzen.
**) Einschließlich Reparationssachlieferungen.

Die Einfuhr ist um 5 Mill. Mk. gestiegen, und zwar ergibt sich eine Zunahme bei Rohstoffen (+ 16,9 Mill. Mk.) und Fertigwaren (+ 5,5 Mill. Mk.); sie wird jedoch durch einen Rückgang der Einfuhr von Lebensmitteln und lebenden Tieren (— 17,3 Mill. Mk.) teilweise ausgeglichen. Die geringe Steigerung der Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren bildet einen teilweisen Ausgleich für den starken Rückgang der Einfuhr im Vormonat, der durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse mitbedingt war. Als Symptom eines erhöhten Rohstoffbedarfs ist die Zunahme nicht zu bewerten. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht vor allem, daß die Einfuhr von Baumwolle, die im Februar bereits um 47 Mill. Mk. zurückgegangen war, weiter um 5,4 Mill. Mk. abgenommen hat. Im ganzen liegt

die Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren um etwa 78 Mill. Mark unter derjenigen im März 1928 und um rund 24 Mill. Mk. unter der Einfuhr im März 1927.

In der Ausfuhr ist eine Steigerung im wesentlichen nur bei Rohstoffen (+ 12,6 Mill. Mk.), und zwar Kohle (+ 18,5 Mill. Mark), Koks (+ 5,7 Mill. Mk.) und Kalisalzen (+ 2,3 Mill. Mk.) eingetreten. Die Ausfuhr von Fertigwaren ist erneut, wenn auch nur um 3,3 Mill. Mk. zurückgegangen. Die Ausfuhr bewegt sich im ganzen auf einem verhältnismäßig niedrigen Niveau, insbesondere wenn man sie mit der Ausfuhr im März des Vorjahres vergleicht (1928 gegen 1079 Mill. Mk.). Dies und die Tatsache, daß von Kohlen und einigen Fertigwaren abgesehen, bei zahlreichen Waren wiederum eine Abnahme der Ausfuhr eingetreten ist, läßt darauf schließen, daß die Ausfuhrergebnisse auch im März noch durch die Folgen der ungünstigen Witterung in den letzten Monaten beeinflusst sind.

P. Russischer Schiffbauauftrag für die Klawitterwerft in Danzig. In dem Wirtschaftsplan der U. d. S. S. R. für das Wirtschaftsjahr 1927/28 war die Summe von einer Million Rubel für Schiffbauaufträge bei den Danziger Werften vorgesehen. Die Verhandlungen mit den Danziger Werften zogen sich jedoch sehr in die Länge, obwohl der Senat der Freien Stadt Danzig sich grundsätzlich dazu bereit erklärt hatte, den Danziger Werften das Hereinbringen von Aufträgen unter Verwendung von Mitteln aus der Erwerbslosenfürsorge zu erleichtern. Wie wir erfahren, haben die Verhandlungen zwischen dem Senat und Banken einerseits, zwischen Senat und der Klawitterwerft andererseits dazu geführt, daß in den nächsten Tagen Vertreter der U. d. S. S. R. in Danzig eintreffen werden, um den Vertrag mit der Klawitterwerft über den Bau eines größeren Schiffes für die Petschora-Linie zu unterzeichnen. Es steht zu erwarten, daß die kommenden Monate der Danziger Werftindustrie noch weitere russische Schiffsbestellungen auch für die Linie Stettin-Leningrad bringen werden.

pm. Um den baltischen Wirtschaftsbund. Zu einer eingehenden Beratung sind die staatswirtschaftlichen Unterhändler Lettlands und Estlands, diesmal in Reval, zusammengekommen. Zur Erörterung stand der estländische Vorschlag, den Einfuhrzoll auf eine Reihe heimischer Erzeugnisse, hauptsächlich solche der Industrie, im beiderseitigen Handelsverkehr aufzuheben, zugleich jedoch ein Verzeichnis derjenigen Waren aufzustellen, die einstweilen noch zollpflichtig bleiben sollen, bis darüber weiteres beschlossen werden kann. Gerade dieser Abschnitt ist bisher auf entschiedenen lettlandischen Widerstand gestoßen, weil es sich in der Hauptsache um Erzeugnisse der Textilindustrie handelt, die immer noch im kleineren Estland wesentlich stärker entwickelt ist als in Lettland. Dagegen scheint Estland mit dem Widerstand seiner Handel treibenden Wirtschaftsgruppen, die besonders in Pernau, Fellin, Dorpat und anderen südöstlichen Plätzen das handelspolitische Überwiegen Rigas fürchten, jetzt weniger rechnen zu wollen als früher. Immerhin bleibt es noch fraglich, wie der soeben grundsätzlich gefaßte Beschluß, die Mindereinkünfte infolge teilweiser Zollaufhebung gleichmäßig auf beide vertragsschließende Partner zu verteilen, praktisch durchgeführt werden soll. In jedem Fall ist man diesmal entschiedener als in allen früheren lett-estländischen wirtschaftlichen Angleichungsverhandlungen zum Entschluß gekommen, allmählich die Zollbarriere zwischen beiden Staaten abzubauen, um damit das nun schon bald zehnjährige Projekt der baltischen Wirtschaftsunion tatsächlich der Wirklichkeit näher zu bringen. Allerdings mag es bis zur Erreichung dieses Zieles oder auch nur seiner ersten Etappe noch seine Weile haben. Die nächste Tagung soll Anfang Mai in Riga stattfinden, um womöglich alsdann schon konkrete Beschlüsse zu fassen, die freilich wohl noch den Instanzenweg zu durchlaufen haben werden. Mittelbar in Zusammenhang mit den



Ihre Bilanz?

Wir haben tüchtige
Buchhalter und Steuerfachleute
Fernruf: Sammelnummer 277 47

Arbeitsamt, Abteilung für Angestellte,
Breslau 1, Schuhbrücke 48

lett-estländischen Unionsverhandlungen steht das Problem des Vertragsabschlusses zwischen Lettland und Litauen, letzteres ein Fragenbündel, das kaum minder kompliziert ist als das erstere. Gegenwärtig ist das Auswärtige Amt zu Riga dabei, den endgültigen Wortlaut des übrigens schon öfters modifizierten Vertragsentwurfs zu redigieren. Das Rigaer Projekt soll gleichfalls Anfang Mai der litauischen Regierung zur Begutachtung vorgelegt werden.

Lettlands Holzexport

stellt infolge seiner Belegung mit Ausfuhrzöllen eine außerordentlich wichtige Einnahmequelle für den Staat dar und hat 1928 einen weiteren Aufschwung erfahren, wobei die Rekordhöhe von 1927 mengenmäßig um rund 22 Proz. und wertmäßig um rund 15 Proz. überschritten worden ist. Wurden doch (ohne Holzwaren, deren Wert allerdings nur gering ist) insgesamt 1 032 754 t i. W. v. 92 954 000 Lat exportiert, d. h. rund 35 Proz. der Gesamtausfuhr Lettlands entfielen auf Holz. 1927 sind 842 342 t i. W. v. 80,8 Millionen Lat ausgeführt worden, 1926 382 147 t i. W. v. 41,2, 1925 431 499 t i. W. v. 46,7, 1924 746 700 t i. W. v. 58,1, 1923 756 600 t i. W. v. 61,6 Mill. Lat.

Der Export erstreckt sich, wie die folgende Tabelle zeigt, zu mehr als 50 Proz. auf Bretter. Relativ stark gestiegen ist gegenüber 1927 die Ausfuhr von Grubenholz, Fournieren, Balken, Papierholz und Espenklötzen, während Kistenteile und Zündholzdraht Rückgänge aufzuweisen haben. Beträge unter 1 Million Lat kommen auf Sleepers, Gips- und Mauerlatten usw.

	1928	1927
	(in To. bzw. in 1000 Lat)	
Insgesamt	1 032 754	842 342
Bretter und Planken	436 884	414 527
Grubenholz	294 702	12 039
Kistenteile	77 467	8 850
Sperrplatten (Fourniere)	19 325	8 528
Balken	64 272	6 070
Papierholz	93 703	4 158
Espenklötze	13 327	2 587
Zündholzdraht usw.	4 715	1 316

Unter den Abnehmern lettländischen Holzes steht 1928 an der Spitze wieder England, das 450 808 t i. W. v. 43 857 000 Lat bezog. Die Ausfuhr dahin ist allerdings im Zusammenhang mit der starken russischen Konkurrenz gegenüber 1927 um rund 40 000 t gesunken, und zwar empfing England u. a. nur noch 267 177 t Bretter i. W. v. 28 971 000 Lat (gegenüber 290 516 t im Jahre 1927). 24 475 t Kistenteile i. W. v. 3 792 000 Lat (31 380 t), 2725 t Espenklötze i. W. v. 560 000 Lat (3141 t), 10 674 t Papierholz i. W. v. 513 000 Lat (17 949 t), 3102 t Gipsplatten i. W. v. 331 000 Lat (10 192 t), dagegen 123 402 t Grubenholz i. W. v. 5 184 000 Lat (121 940 t), 7215 t Sperrplatten i. W. v. 3 080 000 Lat (5337 t), 7138 t Sleepers i. W. v. 753 000 Lat (3528 t). Sehr günstig entwickelt hat sich der Export nach den Niederlanden, Belgien, Frankreich und Deutschland. So nahmen die Niederlande mit 218 654 t rund 87 000 t mehr als im Vorjahre auf, darunter 82 742 t Bretter i. W. v. 8 384 000 Lat (gegenüber nur 65 398 t im Jahre 1927), 43 869 t Balken i. W. v. 4 044 000 Lat (35 167 t), 45 112 t Papierholz i. W. v. 1 948 000 Lat (12 168 t), 13 440 t Kistenteile i. W. v. 1 367 000 Lat (8501 t), 30 587 t Grubenholz i. W. v. 1 219 000 Lat (6386 t). Nach Belgien gingen 1928 rund 64 000 t mehr als im Vorjahre, nämlich 153 329 gegenüber 89 083 t, darunter 32 443 t Kistenteile i. W. v. 2 901 000 Lat (26 124 t), 65 868 t Grubenholz i. W. v. 2 630 000 Lat (35 006 t). Belgien's Bretterbezüge aus Lettland sind allerdings auf 14 897 t i. W. v. 4 683 000 Lat (gegenüber 23 100 t) zurückgegangen. Frankreich verdoppelte seinen Holzimport aus Lettland gegenüber 1927 und erhielt u. a. 24 409 t Bretter i. W. v. 2 955 000 Lat (gegenüber 10 373 t) sowie 62 647 t Grubenholz i. W. v. 2 529 000 Lat (32 935 t).

Über die Richtung des Holzexports in den letzten beiden Jahren gibt folgende Tabelle Aufschluß:

	1928	1927
	To. 1000 Lat	To. 1000 Lat
England	450 808	43 857
Niederlande	218 654	17 837
Belgien	153 329	11 335
Deutschland	68 670	10 200
Frankreich	96 493	6 096
Schweden	2 965	644
Dänemark	2 650	616
Schweiz	662	216
Estland	6 430	178
Italien	318	155
Litauen	10 013	88
Nordamerikanische Union	58	28
Danzig	18	8
Andere Länder	21 686	1 696
	1 032 754	842 342

Deutschland, das 1928 mit rund 11 Proz. am lettländischen Holzexport beteiligt war, hat namentlich seine Bezüge an Sperrplatten erhöht, und zwar auf 8822 t i. W. v. 3 935 000 Lat (gegenüber nur 5126 t im Jahre 1927). Damit steht Lettland als Lieferant dieser Produkte vor Finnland (8586 t) und Rußland (7829 t) an erster Stelle. Außerdem seien genannt Bretter i. W. v. 1 741 000 Lat (12 218 t gegenüber 17 691 t im Vorjahre), Balken i. W. v. 1 645 000 Lat (15 042 gegenüber 4284 t), Espenklötze i. W. v. 1 003 000 Lat (5553 gegenüber 3011 t), Papierholz i. W. v. 775 000 Lat (17 394 gegenüber 3804 t), Zündholzdraht i. W. v. 358 000 Lat (1079 gegenüber 1793 t), Kistenteile i. W. v. 336 000 Lat (2082 gegenüber 2099 t), Grubenholz i. W. v. 256 000 Lat (5917 t).

Was die Aussichten für Lettlands Holzausfuhr im Jahre 1929 anlangt, so soll die seit 1927 zu beobachtende Forcierung des Exports fortgesetzt werden. Die Regierung hat, wie wir erfahren, beschlossen, weitere 3400 Hektar Waldfläche an die Holzexporteure zu versteigern, und die staatliche Eisenbahnverwaltung wird voraussichtlich auf die ihr vom Staate über die übliche Norm hinaus zur Nutzung überlassenen Waldparzellen im Gesamtumfange von 2—300 ha zugunsten der Ausfuhrkreise verzichten.

ow. Lettlands Brotgetreidebezug aus Deutschland belief sich 1928 auf rund 50 Prozent seiner Gesamteinfuhr an Weizen und Roggen. Es kamen insgesamt 140 537 t i. W. v. 38 336 000 Lat aus dem Auslande (gegenüber 99 816 t i. W. v. 30 091 000 Lat i. J. 1927 und 94 527 t i. W. v. 25 950 000 Lat i. J. 1926). Und zwar lieferte Deutschland 73 457 t i. W. v. 18 825 000 Lat, die Nordamerikanische Union 15 780 t i. W. v. 4 529 000 Lat, Dänemark 11 558 t i. W. v. 3 577 000 Lat, Rußland 3154 t i. W. v. 929 000 Lat usw.

Polens Kohlenexport im 1. Quartal 1929

Die polnischen Kohlenlieferungen nach dem Auslande, die im Februar d. J. infolge der Witterungseinflüsse, der Transportschwierigkeiten usw. auf ein ungewöhnlich niedriges Niveau gesunken waren (auf nur 689 000 gegenüber 1 111 000 t im Januar) haben im März wieder einen Anstieg erfahren, ohne freilich das Januarresultat zu erreichen. So konnte namentlich die Ausfuhrfähigkeit nach den nordischen und baltischen Ländern wieder gesteigert werden, die im März 311 000 t gegenüber nur 180 000 t im Februar aufnahmen. Und zwar wurden über den Hafen Danzig 146 302 t, über Gdingen 83 245 Tonnen umgeschlagen. Inwieweit es allerdings der englischen Kohle gelungen sein wird, die vorübergehende Ausschaltung Polens als Lieferant vor allem Skandinaviens für sich auszunutzen, werden erst die nächsten Monate lehren, da der vergrößerte Märzexport ja noch mit alten Abschlüssen zusammenhängt. Die relativ geringe Februarausfuhr macht sich denn auch sehr deutlich im Ergebnis für das ganze I. Quartal 1929 bemerkbar, das — wie die folgende Tabelle zeigt — um mehr als 300 000 t hinter dem Resultat des Vorjahres und um mehr als 200 000 t hinter dem des I. Quartals 1927 zurückgeblieben ist.

Die Vergleichszeit 1926 liegt noch vor dem Ausbruch des großen Bergarbeiterstreiks in England, 1925 vor dem deutsch-polnischen Zollkrieg. Von den in der Tabelle aufgeführten 2 341 000 t gingen damals allein 1 433 000 t nach Deutschland. Im I. Quartal 1924, also ebenfalls zur Zeit polnischer Kohlenlieferungen nach Deutschland, wurden insgesamt 2 792 000 t exportiert. — Aus Polnisch-Oberschlesien stammten im März d. J. 739 000 t (gegenüber 558 000 t im Februar und 906 300 t im Januar), aus Dombrowa 139 000 (130 000 bzw. 203 500) t, aus Krakau 1000 (1000 bzw. 1200) to.

	1929	1928	1927	1926	1925
	in 1000 Tonnen				
nord. und baltische Länder:					
Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Memelland, Norwegen, Schweden	961	1 266	1 005	591	3
Sukzessionsstaaten:					
Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn	1 222	1 231	1 057	1 005	880
andere Länder:					
(u. a. Deutschland)	315	365	720	160	1 471
Danzig	101	69	80	106	80
Bunkerkohle	80	65	27	—	—
	2 679	2 996	2 889	1 862	2 434

(Deutschland wird von der polnischen Kohlen-Exportstatistik auch während des Zollkrieges als Empfänger geführt. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß es sich bei diesen 1- bis 2000 t monatlich nur um Deputatkohle handelt.)

Die Entwicklung des Exports in den einzelnen Monaten der I. Quartale stellt sich folgendermaßen dar:

	1929	1928	1927	1926	1925
	in 1000 Tonnen				
Januar	1 111	1 016	1 169	669	833
Februar	689	956	883	584	740
März	879	1 024	837	609	861
	2 679	2 996	2 889	1 862	2 434

Für die Hauptabnehmer polnischer Kohle seien hier die Daten aus den einzelnen Monaten des I. Quartals genannt: Österreich: Januar 302 000 t, Februar 250 000 t, März 244 000 t; Schweden 166 000 bzw. 71 000 bzw. 131 000 t; Tschechoslowakei: unverändert 87 000 t; Dänemark 167 000 bzw. 49 000 bzw. 84 000 t; Ungarn: 55 000 bzw. 49 000 bzw. 61 000 t.

Geradezu eine Exporthemmung war, wie wir bereits bei Betrachtung des Februar-Resultats erwähnten (vgl. „OWZ.“ VII. Jg., Nr. 52, S. 926), die unzulängliche Waggonstellung seitens der polnischen Staatsbahnen. Sie ist zwar im März nicht ganz in dem Maße wie im Februar hinter den Anforderungen zurückgeblieben, aber doch immer noch empfindlich genug gewesen. Nach Angaben aus Fachkreisen sind im März anstatt durchschnittlich 10 329 Wagen täglich nur 7525, d. h. 27,1 Proz. weniger gestellt worden. Im Februar waren es 35,7 Proz. (10 695 bzw. 6873), im Januar 21,3 Proz. (10 436 bzw. 8209), im Dezember 13,5 Proz. (10 597 bzw. 9163), im November 22,5 Proz. (10 476 bzw. 8115). In absoluten Zahlen ausgedrückt, fehlten im März täglich 2804, im Februar 3822, im Januar 2227, im Dezember 1434, im November 2361 Waggons. Diese Benachteiligung der Industrie dürfte wenig dazu geeignet sein, sie für die ab 1. Juni bzw. 1. Juli d. J. beabsichtigte Gütertarifierhöhung zu gewinnen, mit der man infolge großer Einnahmeverluste der polnischen Eisenbahnen nach langen Erwägungen jetzt Ernst machen will (vgl. „OWZ.“ VII. Jg., Nr. 51, S. 900).

ow. Die polnische Außenhandelsbilanz für das I. Quartal 1929 schließt mit einem Passivum von 247,4 Mill. Zloty, das aus einem Import von 792,2 und einem Export von 544,8 Mill. Zloty resultiert. In der Vergleichszeit 1927 wurden Waren i. W. v. 913,7 Mill. Zloty, eingeführt und i. W. v. 624,5 Mill. Zloty ausgeführt (1926 601,3 bzw. 623,7 Mill. Zloty.). Die neuerliche Unterbilanz ist zwar kleiner als im I. Quartal 1928 (wo sie 289,2 Mill. Zl. betrug), es steht ihr aber für das Vergleichsquartal 1927 ein Ausfuhrüberschuß von 22,4 Mill. Zloty gegenüber. Bei näherer Betrachtung der Hauptwarengruppen der Einfuhr ergibt sich, daß von der im Vergleich zu 1928 eingetretenen Importverminderung sowohl Verbrauchsartikel als Produktions- und Investitionsgegenstände betroffen sind. Die stärkste Verringerung (um 29,3 Mill. Zloty) haben die Textilienbezüge im Auslande erfahren, und innerhalb dieser Gruppe wiederum der Import von Fertigerzeugnissen. Wesentlich zurückgegangen (um 21,1 bzw. 20,7 Mill. Zloty) ist auch die Einfuhr von Lebensmitteln (Reis, Speisefette, Kolonialwaren, Süßfrüchte) und Tierprodukten (Rohhäuten usw.). Im einzelnen wurden im I. Quartal 1929 (I. Quartal 1928) importiert: Lebensmittel 113,8 (134,9), Tierprodukte 53,2 (73,9), Gummiwaren 9,4 (14,7), anorg. chem. Produkte (Düngemittel) 43,1 (47,9), org. chem. Produkte (techn. Fette, Gerbstoffe usw.) 32,9 (37,5), Farben 6,4 (13,5), Maschinen 72,1 (85,6), Fahrzeuge (Automobile, Fahrräder) 21,8 (31,9), Papier und Papierwaren 19,8 (25,4), Textilien 236,6 (265,9), Konfektion 5,3 (7,5) Mill. Zloty. Gestiegen ist die Einfuhr von Erzen von 22,8 auf 26,3 sowie von Metallen (darunter Altsisen) von 61,6 auf 64,3 Mill. Zloty. — In der Ausfuhr ist eine Veränderung von einschneidender Bedeutung hinsichtlich Holz eingetreten, dessen Exportwert im I. Quartal d. J. nur 80,9 Millionen Zloty gegenüber 146,9 Millionen Zloty in der Vergleichszeit 1928 betrug. Rundholz wurde im Werte von 11,7 (34,5) Millionen Zloty, Schnittholz im Werte von 28,0 (64,7) Millionen Zloty ausgeführt. Der Wert der Hauptwarengruppe Lebensmittel hat sich von 139,5 auf 126 Mill. Zl. vermindert, und zwar ist hier im Zusammenhang mit dem strengen Winter besonders empfindlich der Eierexport in Mitleidenschaft gezogen, der mit nur 6,3 (gegenüber 25,4) Mill. Zl. erscheint. Die Tatsache, daß die Zuckerausfuhr sich rückläufig bewegt (sie belief sich auf 27 gegenüber 35,1 Mill. Zl.), haben wir bereits des öfteren erwähnt. Schlecht ist es infolge der ungünstigen Ernte des Vorjahres auch um den Export von Kartoffeln und Produkten daraus bestellt, der nur einen Wert von 2 (gegenüber 3,6) Mill. Zl. hatte. Aufwärtsbewegung haben dagegen Gerste (von 11,8 auf 19 Mill. Zl.), Fleisch (von 20,4 auf 22 Mill. Zl.) und Butter (von 12,1 auf 14,8 Mill. Zl.) zu verzeichnen, während die Schweineausfuhr von 60,8 auf 46,1 Mill. Zloty gesunken ist. Der Export von Brennstoffen (Kohle und Naphtha) hat im Vergleich z. Vj. keine wesentliche Veränderung erfahren: er fiel um 3,1 auf 99 Mill. Zl. Eine Steigerung der Ausfuhr um 12,6 auf 52,6 Mill. Zl. ist bei Textilien festzustellen, und zwar erhöhte sich gerade der Fertigwarenexport um 9,2 auf 23,5 Mill. Zl. Schließlich sei eine Vergrößerung der Hauptwarengruppe Metalle und -erzeugnisse (darunter Röhren) um 3,8 auf

66,9 Mill. Zl. erwähnt. — In den einzelnen Monaten des I. Quartals 1929 gestaltete sich die Einfuhr, wie folgt: Januar 294,045, Februar 264,911, März 233,283 Mill. Zl., die Ausfuhr folgendermaßen: Januar 215,834, Februar 167,465, März 161,523 Millionen Zloty.

ow. Rußlands Außenhandelsbilanz für das I. Halbjahr 1928/29 (Oktober/März) über die europäischen Grenzen hat sich, wie die folgende Tabelle zeigt, im Zusammenhang mit einer Steigerung der Ausfuhr und einem Rückgang der Einfuhr günstiger als im Vorjahr gestaltet. Hinter dem guten Resultat der Vergleichszeit 1926/27, das freilich noch Getreideexporte einschließt, bleibt das Ergebnis allerdings weit zurück.

	Ausfuhr	Einfuhr	Bilanz	Außenhandelsumsatz
	in Millionen Rubel			
1928/29	340,8	310,5	+ 30,3	651,3
1927/28	300,5	352,9	— 52,4	653,4
1926/27	370,4	248,6	+ 121,8	619,0
1925/26	308,0	365,6	— 57,6	673,6

Im einzelnen sei erwähnt, daß die Ausfuhr der Industrie sich auf 151,2 Mill. Rbl. bezifferte, das sind rund 50 Proz. mehr als im Vorjahr, der Export der Landwirtschaft auf 189,6 Mill. Rbl., das sind rund 5 Proz. weniger. Ohne Berücksichtigung der vorjährigen Getreideausfuhr ist aber ein Plus von 7 Proz. zu verzeichnen. U. a. verminderte sich der Butter- und Eierexport bzw. erhöhte sich die Flachs-, Fleisch- und Fischproduktausfuhr. Was den Import anlangt, so sind Produktionsmittel i. W. v. 283,8 Mill. Rbl., Produkte des täglichen Verbrauchs i. W. v. 24,1 Mill. Rbl. aus dem Auslande bezogen worden. — Im März allein betrug die Ausfuhr 60,6 Mill. Rbl. (gegenüber 48,7 Mill. Rbl. im Februar), die Einfuhr 53,9 (37,4) Mill. Rbl. — Für den Handel über die asiatischen Grenzen liegen erst die Daten für die ersten 4 Monate des laufenden Wirtschaftsjahres (Oktober/Januar) vor. Der Export belief sich hier auf 50,8, der Import auf 47,3 Mill. Rbl. Einem Aktivum von 3,5 Mill. Rbl. steht für das Vorjahr ein Passivum von 4,5 Mill. Rbl. gegenüber.

* Die Entschädigung der rumänischen Petroleumindustrie. Nach jahrelangen Verhandlungen zwischen Rumänien, England und Frankreich, die von Titulescu in London und Diamanti in Paris über die Kriegsschäden in den rumänischen Erdölgebieten geführt wurden, und zwischen der rumänischen Regierung und den Petroleumgesellschaften scheint sich nun eine Einigung in der Entschädigungsfrage anzubahnen. In der letzten Vollsitzung, die kürzlich in Bukarest stattfand, stimmten die Vertreter der rumänischen Erdölindustrie dem von der Regierungskommission aufgestellten Zahlungsplan grundsätzlich zu, der die Entschädigungen auf einen Zeitraum von 40 Jahren verteilt. Die Beträge, die den einzelnen Gesellschaften zugesprochen werden, sollen in halbjährigen Raten entrichtet werden, und zwar steigend von 2,5 bis 4,5 Proz. der Gesamtsummen, wobei die von der rumänischen Regierung bereits ausbezahlten Beträge und ausgeführten Leistungen angerechnet werden sollen. Dieses Zugeständnis der Petroleumgesellschaften ist wichtig, weil diese bei den früheren Verhandlungen bekanntlich eine andere Haltung einnahmen und auch die Anerkennung der ihnen von der Regierung zur Verfügung gestellten Beträge bisher verweigerten. Die in dem Zahlungsprogramm der Entschädigungskommission genannten Beträge werden von der Petroleumindustrie auch jetzt als unzureichend bezeichnet, so daß die Verhandlungen nach dieser Richtung noch fortgesetzt werden müssen. Die rumänische Regierung ließ auch bereits erklären, daß die Entschädigungssumme von 6 253 288 Mill. Lstr. nicht als endgültig anzusehen sei und die Kommission die Ansprüche der Gesellschaften nochmals wohlwollend prüfen werde. Von dem vorerwähnten Betrage sollen erhalten: Romano-Americana 2 099 901 Lstr., Astra Romana 1 768 954 Lstr., Steaua Romana 1 011 113 Lstr., Franco-Romana 511 308 Lstr., Columbia 293 375 Lstr., Concordia 237 497 Lstr., Nafta 189 205 Lstr., Saturn 99 440 Lstr., Tosca 24 085 Lstr., Busteni 10 419 Lstr., Bordeni 7969 Lstr. Nach den Schätzungen der Sachverständigen werden diese Beträge voraussichtlich noch eine Erhöhung um 10—20 Proz. erfahren. In den weiteren Verhandlungen wird auch die Frage der Entschädigung der italienischen Gesellschaften zu klären sein, deren Ansprüche inzwischen an den italienischen Staat übergegangen sind.

ow. Jugoslawiens Außenhandelsbilanz für die ersten beiden Monate d. Js. schließt bedeutend günstiger ab als in der Vergleichszeit des Vorjahres, da infolge der durch die Witterungseinflüsse vielfach gestörten Verkehrsverhältnisse nicht nur die Ausfuhr, sondern vor allem auch die Einfuhr erheblich eingeschränkt werden mußte. Im Februar betrug der Rückgang des Imports gegenüber dem Januar noch 35 Proz. Das Passivum der ersten beiden Monate d. Js. beläuft sich auf insgesamt 153,9 Mill. Din. (gegenüber einem solchen von 344,2 Mill. Din. i. J. 1928). Die Einfuhr stellte sich auf 163 483 t (Januar 93 293 t, Februar 70 190 t) i. W. v. 964,6 Mill. Din. (Januar 560,6, Februar 404 Mill. Din.), während im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres 167 955 t i. W. v. 1213,3 Mill. Din. eingeführt wurden. Ausgeführt wurden im Januar und Februar d. Js. zusammen 545 666 t Waren i. W. v. 810,8 Mill. Din. (gegenüber 606 248 t i. W. v. 869,3 Mill. Din.) Aus der Import-Statistik für Februar d. Js. seien besonders erwähnt: Baumwolle und Erzeugnisse i. W. v. 99,25 Mill. Din. (179,1 Mill. Din. im Februar 1928), Wolle und Erzeugnisse i. W. v. 34,7 Mill. Din. (57,8 Mill. Din.), Eisen und Erzeugnisse 95,24 Mill.

Din. (61,8 Mill. Din.), ferner Leder und Lederschuhe i. W. v. 12,77 Mill. Din., Mineralöl i. W. v. 5,82 Mill. Din. und Glaserzeugnisse i. W. v. 2,16 Mill. Din. Von den Ausfuhrposten des Monats Februar zeigt eine besonders starke Einbuße der Export von Eiern um 1591 t auf 436 t, von trockenen Pflaumen um 3151 t auf 499 t, von Rohkupfer um 700 t auf 570 t, während die Ausfuhr von Opium um 9 auf 10 t, von Hanf um 355 auf 723 t und von frischem Fleisch um 380 auf 1328 t gestiegen ist.

zf. **Bulgarische Ausschreibungen** sind für die nächste Zeit wie folgt, angesetzt:

Termin 1929	Ausschreibende Behörde	Gegenstand	Vor- anschlag	Sicher- heit
11. 5.	Eisenbahndirektion	Schmalspurbahn und Reserveteile	1 400 000	5 %
13. 5.	Eisenbahndirektion	Kompressor	500 000	5 %
16. 5.	Straßenbahndirekt.	Div. Bolzen	270 000	5 %
20. 5.	Eisenbahndirektion	Nieten, Muttern, Schrauben	294 401	5 %
24. 5.	Militärfabrik	Maschinen und Geräte	—	5 %
25. 5.	Eisenbahndirektion	230 ts. eiserne Brückenkonstruktionen	2 300 000	
30. 5.	Eisenbahndirektion	10 000 eis. Schaufeln	350 000	5 %
4. 6.	Eisenbahndirektion	200 eis. Wagonetten mit Körben u. Reserveteilen	1 900 000	5 %
12. 6.	Eisenbahndirektion	Leuchtturm	4 00 000	5 %

Deutscher Wirtschaftsbund für Polen e. V., Sitz Breslau

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir fortlaufend die dem Deutschen Wirtschaftsbund für Polen e. V., Sitz Breslau, zugegangenen Anfragen polnischer Firmen, die zu deutschen Firmen in Geschäftsbeziehungen treten wollen, sowie polnische Marktberichte. Nichtmitglieder erhalten nähere Auskunft gegen eine Gebühr von 2 RM. über jede Warennachfrage und jedes Vertreterangebot und 1 RM. über jedes Warenangebot. Anfragen sind unter Beifügung von Rückporto an die Geschäftsstelle des Bundes, Breslau I, Wallstraße 2, zu richten. Bei den mit einem Stern versehenen Kennnummern handelt es sich um Firmen, über die Referenzen vorliegen. Sonstige Auskünfte erteilt der Wirtschaftsbund nach Gebührentarif.

Polnische Warennachfragen

liegen vor für:

- 326. Neuheiten verschiedener Art.
- 329. Bettfederreinigungsmaschinen.
- 342. Nahtlose Messingröhre poliert, 29 und 30 mm Durchmesser und 0,32 mm Wandstärke.
- 342a. Messingblech in Stärke von 0,2—0,5 mm.
- 345. Gummitransportgurte für Kohlentransport.
- 347. Fertige Lederzutaten zur Herstellung von Hosenträgern.
- 348. Gummiband zur Herstellung von Hosenträgern.

Vertreter-Angebote aus Polen

liegen vor für:

- *0134. Lumpen und Abfälle für die Tuchindustrie (Bialystok).
- 0138. Badezimmer-Einrichtungen, stabile Inneneinrichtungen (Krakau).

- *01129. Farben und Chemikalien für Textilindustrie (Lodz).
- 01210. Chemische Artikel für die Lederindustrie (Krakau).
- 01306. Messinggalanteriewaren (Posen).
- 01435. Lacke, Farben, Teerprodukte (Bielitz).
- *01537. Optische Artikel, Thermometer und Aerometer (Warschau).
- 01538. Hutleder (Lodz).
- *01724. Spinnerei- und Webereitensilien (Lodz).
- *01725. Chemikalien und Farben für Textilindustrie (Lodz).
- 01728. Feuerungs- und Förderanlagen (Lodz).
- 02113. Wolle, Lumpen, Rohprodukte (Bialystok).
- *02116. Elektrotechnische Artikel (Bialystok).

Polnische Warenangebote

liegen vor für:

- 935. Brombeeren, Himbeeren und Blaubeeren (Lieferung zum Frühjahr).
- 937. Bohnen, Kleie, Zuckerrübenmelasse und trockene Rübenschnitzel.
- 938. Espen- und Stahlweidenholz.
- 940. Leinöl, Rapsöl u. dgl. (größere Quantitäten).

Verschiedenes

18. Eine Kreisstadt in Westpolen beabsichtigt die Anlage einer Wasserleitung und Kanalisation. Die Arbeiten sollen einer Firma übertragen werden, die das ganze Objekt, das auf etwa 10 Millionen Zloty kalkuliert wird, derart finanziert, daß die Stadt die Rechnung innerhalb von zehn Jahren bezahlt. Als Sicherheiten werden Hypotheken und gegebenenfalls Verpfändung der Einnahmen gegeben.

Marktberichte

wb. **Polnische Hanf- und Flachspreise.** Der Verband der Flachsexporture in Wilna notiert je 100 kg in Zloty je nach Herkunft von den Flachsplantagen: Nr. 0 95—244, Nr. I 72—195, Nr. II 50—130. Die Zufuhr zum Markt war infolge ungünstiger Transportbedingungen sehr gering, weshalb auch die Umsätze nur einen minimalen Umfang erreichten. Auf dem Lubliner Flachsmarkt notieren bei genügendem Angebot, aber schwacher Nachfrage in Dollars je 100 kg loco Verladestation: gekämmter Flachs 1. Sorte 40, 2. 30, ungekämmter Flachs 1. S. 20, 2. S. 12. Werg 1. S. 20, 2. S. 11. Die Hanfpreise stellten sich unter denselben Bedingungen, wie auf dem Flachsmarkt, folgendermaßen: gekämmter Hanf 1. S. 30 Dollar, ungekämmter 1. Sorte 20 Dollar, 2. Sorte 14, Hanfwerg 1. Sorte 15 Dollar.

wb. **Polnische Metallpreise.** Die Warschauer Zinkerei notiert ab 10. April d. J. je Kilogramm franko Station Warschau in Zloty: Verzinktes Eisenblech höchster Qualität 711 × 1422 × 0,45 mm 1,32, 711 × 1422 × 0,50 mm 1,27, 1000 × 2000 × 0,50 mm 1,29. Auf dem Markte für Almetalle in Warschau notieren: elektrolytisches Kupfer 3,80, Blei 1,15, Zink 0,98 Zl. je Kilogramm.

wb. **Polnische Roßhaarpreise** werden in Warschau je Kilogramm, wie folgt, notiert: I. Sorte 15 Zl., II. Sorte 10,50, III. Sorte 8,75, IV. Sorte 7,50 Zl. In Bromberg wurden zuletzt Mähnenhaare mit 4—5 Zl., Schweifhaare mit 10—11 Zl. je Kilogramm bezahlt.

Industrie- und Handelskammern

Die Vereinigung der Geschäftsführer deutscher Industrie- und Handelskammern

tagte vorige Woche in Berlin in zeitlichem Zusammenhang mit der Vollversammlung des „D.I.H.T.“. Der Vorsitzende, Dr. Soetbeer-Berlin, gab einen Überblick über die bei der Vereinigung schwebenden Angelegenheiten. Dr. Wilden-Düsseldorf, berichtete über die Aufgaben, die den Industrie- und Handelskammern aus der mit dem 1. April d. J. in Kraft getretenen Handwerksnovelle erwachsen. Von Dr. Gertz-Koblenz, wurde ein Bericht vorgelegt über die Durchführung der Aufsicht der Industrie- und Handelskammer über die von ihnen öffentlich angestellten und beidigten Bücherrevisoren. Im Anschluß daran berichtete Syndikus Michalke über die Aufsicht der Industrie- und Handelskammern über die sonst von ihnen öffentlich angestellten und beidigten Sachverständigen. Jacobowsky, Syndikus der Detailistenkammer Hamburg, berichtete über die Mitwirkung der Industrie- und Handelskammern bei der Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen über das Ausverkaufswesen. Dr. Hay, Referent beim Deutschen Industrie- und Handelstag, berichtete über die Mitarbeit der Kammern in Verkehrsfragen. Hierin liegt eines der Haupttätigkeitsgebiete der amtlichen Berufsvertretungen. Initiative und Qualitätsarbeit müsse von ihnen gefordert werden. Dr. Bohley, stellvertretender Syndikus der Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel, sprach über die Aufgaben der Kammern auf dem Gebiet der Statistik.

* * *

Eine Konferenz der Geschäftsführer des Verbandes niederschlesischer Industrie- und Handelskammern, an der als Gast auch ein Vertreter der Oppelner Kammer teilnahm, fand am 22. d. M. in den Räumen der Breslauer

Kammer statt, wobei zahlreiche wichtige Fragen aus den zurzeit aktuellsten Arbeitsgebieten der Industrie- und Handelskammer im allgemeinen und der schlesischen Kammern im besonderen zur Erörterung standen. Eine gewisse Umgestaltung in der Erscheinungsform des gemeinsamen Jahresberichtes der niederschlesischen Kammern wurde für zweckmäßig erachtet und die seit einiger Zeit in der „OWZ.“ erfolgende Veröffentlichung der Manifestanten-Listen allgemein begrüßt, da sie geeignet ist, die Geschäftswelt vor Schaden zu bewahren, während die Vereinheitlichung der Saisonverkaufstermine für alle schlesischen Kammerbezirke gewissen Bedenken begegnete. Zur Sprache kamen dann weiter u. a. die angestrebte Vereinheitlichung der Vorschriften für Bücherrevisoren, der Stand der Verhandlungen zwischen den Industrie- und Handelskammern einerseits und den Handwerkskammern andererseits über Bildung gemeinsamer Prüfungsausschüsse für die der Industrie und dem Handwerk gemeinsamen Berufe, ferner der Ausbau der Verkehrsbeziehungen zwischen Schlesien und der Tschechoslowakei sowie die Vorbereitung des Programms der nächsten Zweckverbandssitzung, die voraussichtlich Anfang Juni in Hirschberg stattfinden wird.

Vortragsveranstaltung

Auf Einladung des Kaufmännischen Vereins E. V. in Steinau a. O. hielt der jur. Syndikus der Industrie und Handelskammer Breslau, Rechtsanwalt Regierungsrat a. D. Oelrichs, am 19. April einen Vortrag über Steuerfragen der Zukunft, dem sich eine rege Aussprache über die Frage der Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbebesteuerung anschloß. Die Mehrheit der Anwesenden nahm eine Entschließung an, in der die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbebesteuerung gefordert wird.

Aus den Verbänden

Der Verein des Breslauer Einzelhandels

hielt am 17. April eine stark besuchte Mitgliederversammlung ab, die sich mit der zur Deckung des Stadthaushaltsplans 1929/30 vorgesehenen Erhöhung der Gewerbesteuern und städtischen Gebühren befaßte. Referent war in dieser Frage Stadtverordneter, Direktor der Messengesellschaft C. W. Wolf. In ausführlichen Darlegungen wies er auf die Gefahren hin, die der Breslauer Wirtschaft und damit auch den Finanzen der Stadt Breslau durch weitere Steuererhöhungen drohen. Einerseits würde es zu einer Erdrückung zahlreicher Betriebe kommen, andererseits droht die Gefahr der Abwanderung. Breslaus Bestreben müßte aber ganz im Gegenteil darauf gerichtet sein, neue Industriezweige anzusiedeln, zumal die nötigen Vorbedingungen hierfür an sich durchaus gegeben sind. Die Tatsache, daß die Kunstseidenindustrie jetzt in Breslau festen Fuß gefaßt hat, ist ein beachtenswertes Beispiel für die Möglichkeit der Neuansiedlung von Industriezweigen. Wird aber die Gewerbesteuer immer weiter erhöht, so dürfte es kaum noch gelingen, irgend welche neuen großen Unternehmungen hierher zu bekommen. Es ist zu hoffen, daß der bekannte Ostererlaß der preußischen Minister des Innern und der Finanzen, der den Gemeinden größtmögliche Sparsamkeit auferlegt, nicht auf dem Papier stehen bleibt, sondern wirklich zur Anwendung gelangt. Im Etat der Stadt Breslau soll ein Defizit von 5 Millionen gedeckt werden. Direktor Wolf vertrat die Auffassung, daß durch Abstriche an den einzelnen Etatsposten sowie durch höhere Ansetzung der Steuereinnahmen der größere Teil dieses Defizits vermieden werden könne. Der Rest sei notfalls aus dem zur Tilgung der Defizitschuld von 1927 bestimmten Betrag in Höhe von 1 Million zu decken. Steuererhöhungen oder neue Steuern sind unbedingt in dem Notjahr 1929 abzulehnen. Da der Breslauer Etat in erschreckender Höhe durch Zuschüsse an das Wohlfahrtsamt belastet wird, dürfte eine gründliche Revision der Geschäftsgebarung des Wohlfahrtsamts von neutraler Seite aus endlich am Platze sein. Die Ausführungen des Redners wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach einer eingehenden Aussprache wurde folgende Entschliebung einstimmig angenommen:

„In einer Zeit, in der es im Reich möglich gemacht wird, erhebliche Abstriche an dem Etat-Voranschläge vorzunehmen, in der richtigen Erkenntnis, daß wir uns nicht nur in einem Notjahr, sondern einer völlig anormalen Wirtschaftslage befinden, ist es notwendig, daß sich die Kommunen dem Beispiel von Reich und Ländern anschließen. So schwierig auch die kommunale Etatgestaltung an sich sein mag, geht es doch nicht an, immer nur diejenigen Lasten zu erhöhen, die vorwiegend den Handel treffen. Diese Sondersteuern bedeuten in Wahrheit nichts anderes, als eine indirekte Belastung der vom Handel abhängigen und in ihm tätigen Kreise, denn jedes Eingehen einer weiteren Existenz im Handel hat auch Personalentlassungen, Steuerausfall usw. zur Folge. Es ist u. E. zweifellos möglich, an vielen Stellen des Etats erhebliche Abstriche vorzunehmen. Rationellste Ausnutzung des Beamtenapparates, notwendigste Beschränkung des Wohlfahrtsamts, Vermeidung jeder Luxusausgabe, jedes Neubaus, der ohne Schädigung der Allgemeinheit auch auf spätere Zeiten verschoben werden kann, ferner grundsätzliche Einführung kaufmännischer Prinzipien in die Wirtschaftsverwaltung der Kommunen können wesentliche Ersparnisse herbeiführen.

Während man in anderen Kommunen die Gewerbesteuern in derselben Höhe beibehält oder zum Teil sogar ermäßigt, ist in Breslau seit Jahren die Tendenz vorhanden, sie ständig zu erhöhen. Diese Wirtschaftsmethoden müssen unbedingt abgelehnt werden. Wir fordern nachdrücklichst von allen Parteien im Stadtparlament, gleichviel welcher Richtung, Ablehnung weiterer Erhöhungen. Die gemeinsame Not aller Kreise erfordert auch eine gemeinsame und gleichmäßige Übernahme aller Lasten. Wenn weiterhin immer betont wird, und dies mit Recht, daß Parteipolitik in die Stadtparlamente nicht hineingehört, weil hier ganz andere Grundsätze und Aufgaben vorliegen, so können wir auch von den in Handel und Industrie tätigen Mitarbeitern verlangen, daß sie nicht radikalen Wünschen folgen, sondern in der Erkenntnis der unbedingt notwendigen Zusammenarbeit für eine sachliche und vernünftige Kommunalsteuerepolitik eintreten. Wir warnen nicht nur den Magistrat, sondern alle Befürworter der Erhöhung der Gewerbesteuern dringend vor dem Weiterschreiten auf diesem Wege, da sie sonst den Angehörigen ihrer eigenen Organisationen den Ast absägen, auf dem sie selbst sitzen. Wie im Reich trotz der parteipolitischen Divergenzen eine von dem Sparzwang diktierte Kompromißlösung zur Ermäßigung der Ausgaben möglich gewesen ist, muß es in einer Kommunalverwaltung, in der die parteipolitischen Gesichtspunkte viel weniger im Vordergrund zu stehen haben, ebenfalls durchführbar sein.

Wir weisen schon jetzt darauf hin, daß wir für den Fall der Annahme des Magistratsvorschlages jedes Mittel benutzen werden, mit Hilfe des bekannten Ministerial-Ostererlasses durch den Regierungspräsidenten die Ablehnung dieses unge-

rechten Ausgabeetats zu erwirken. Wir würden es bedauern, wenn wir diesen Weg beschreiten müßten. In dem schweren Existenzkampf der heutigen Zeit bliebe uns jedoch keine andere Wahl. Wir protestieren nochmals nachdrücklichst gegen jede Erhöhung der Gewerbesteuern und Gebühren und bitten Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, alles aufzubieten, um diese erneute ungerechtfertigte und untragbare Sonderbelastung einer einzelnen Berufsschicht zu verhindern.“

Vergleichsverfahren, Konkurse Schuldnerverzeichnisse

Unter dieser Rubrik veröffentlichen die Ind.- u. Handelskammern die amtlich zu ihrer Kenntnis gekommenen Eröffnungen und Aufhebungen von Vergleichsverfahren und Konkursen sowie die Eintragungen in die Schuldnerverzeichnisse der Amtsgerichte.

Eröffnete Vergleichsverfahren:

Kammerbezirk Breslau: Kaufmann Wilhelm Hillebrand i. Fa. W. Hillbrand, Breslau, Ursulinerstr. 5/6 (Lederhandlung). Eröffnung des Verfahrens: 13. April 1929, 15¼ Uhr. Vertrauensperson: Direktor Adolf Krebs, Breslau, Claassenstr. 9. Vergleichstermin: 13. Mai 1929, 11 Uhr. — Kauffrau Emma Heinrich, geb. Warschauer i. Fa. Heinrichs, Konfektionshaus, Breslau, Reusche-str. 11/12. Eröffnung des Verfahrens: 12. April 1929, 13¼ Uhr. Vertrauensperson: Kaufmann J. Cohn, Breslau, Neue Schweidnitzer Str. 15. Vergleichstermin: 11. Mai 1929, 9½ Uhr. — Kürschnermeister Hans Becke i. Fa. Pelzhaus und Kürschnerei Hans Becke, Breslau, Gartenstr. 47. Eröffnung des Verfahrens: 12. April 1929, 14¼ Uhr. Vertrauensperson: Buch- u. Steuersachverständiger Ferdinand Groß, Breslau, Museumsplatz 6. Vergleichstermin: 10. Mai 1929, 11 Uhr. — Tabakwarenkleinhändler Julius Preuß, Breslau, Vorwerkstr. 7. Eröffnung des Verfahrens: 12. April 1929, 15 Uhr. Vertrauensperson: Bruno Groß, Breslau, Neue Taschenstr. 9. Vergleichstermin: 12. Mai 1929, 10 Uhr. — Offene Handelsgesellschaft Hermann Knoch, Gesellschafter: Kaufmann Hermann Knoch und Kaufmann Georg Senger, Breslau, Reusche-str. 2 (Kurzwaren-Engrosgeschäft). Eröffnung des Verfahrens: 17. April 1929, 15 Uhr. Vertrauensperson: Kaufmann Josef Blaß, Breslau, Karlstr. 38. Vergleichstermin: 17. 5. 1929, 11 Uhr.

Kammerbezirk Hirschberg: Kaufmann Bernhard Behrendt, Hirschberg, Schildauer Str. 16a. Vertrauensperson: Fabrikdirektor a. D. W. Moses, Hirschberg. Vergleichstermin: 26. April 1929, 9 Uhr, Zimmer 10.

Aufgehobenes Vergleichsverfahren:

Kammerbezirk Breslau: Offene Handelsges. A. Graebisch, Breslau, Roßmarkt 11 (Ledergroßhandlung). Rechtskraft des Zwangsvergleichs. — Kaufmann Otto Stolpe, Köben (Oder). (Rechtskraft des Zwangsvergleichs.)

Eröffnete Konkurse:

Kammerbezirk Breslau: Kaufmann Daniel Wormann (Handel mit Schokoladen- und Zuckerwaren), Breslau, Friedrichstr. 20. Eröffnung des Konkurses: 17. April 1929, 10 Uhr. Konkursverwalter: Kaufmann Max Gins, Breslau, Roßmarkt 14. Anmeldefrist: 22. Mai 1929. Allgemeiner Prüfungstermin: 5. Juni 1929, 11 Uhr. — Offene Handelsgesellschaft S. Cohn & Sohn (Gesellschafter: verw. Fabrikbesitzer Elise Cohn, geb. Appel, Breslau, Ohlauer Stadtgraben 23 und Kaufmann Martin Mehrländer, Breslau, Frankfurter Straße 100), Eisenwarenfabrik, Breslau, Frankfurter Straße 100. Eröffnung des Konkurses: 9. April 1929, 13 Uhr. Konkursverwalter: Kaufmann J. Budwig, Breslau, Schweidnitzer Str. 38/40. Anmeldefrist: 14. Mai 1929. Allgemeiner Prüfungstermin: 28. Mai 1929, 9½ Uhr. — Schlossermeister Max Seifert (vertr. durch seinen Pfleger Wilhelm Dietrichs, Breslau, Matthiasstr. 188), Breslau, Michaelisstr. 20/22. Eröffnung des Konkurses: 15. April 1929, 14 Uhr. Konkursverwalter: Kaufmann Arthur Wolff, Breslau, Gartenstr. 28. Anmeldefrist: 15. Mai 1929. Allgemeiner Prüfungstermin: 3. Juni 1929, 10 Uhr. — Kaufmann Hermann Klari i. Fa. Hermann Klar, Breslau, Augustastr. 153/155 (Handel mit Dürmen und Gewürzen). Eröffnung des Konkurses: 16. April 1929, 13¼ Uhr. Konkursverwalter: Kaufmann Paul Juliusburger, Breslau, Sadowastr. 78. Anmeldefrist: 21. Mai 1929. Allgemeiner Prüfungstermin: 4. Juni 1929, 9 Uhr.

Kammerbezirk Liegnitz: Schuhmachermeister Josef Wolak, Bolkenhain. Eröffnung des Konkurses: 3. April 1929, 18,35 Uhr. Konkursverwalter: Kaufmann Paul Kobabe, Bolkenhain. Anmeldefrist: 7. Mai 1929. Allgemeiner Prüfungstermin: 15. Mai 1929, 9 Uhr.

Kammerbezirk Sagan: Ernst Bunzel (Kolonialwaren), Glogau.

Kammerbezirk Görlitz: Pappenfabrik Egelsdorf G. m. b. H., Kreis Löwenberg. Konkursverwalter: Prokurist Konstantin Wieschalka, Friedeberg a. Qu. — Papierfabrik Ullersdorf G. m. b. H., Ullersdorf grfl., Kreis Löwenberg. Konkursverwalter: Prokurist Konstantin Wieschalka, Friedeberg a. Qu. — Georg Sauerbier (Schuhwarenhandlung), Greiffenberg i. Schles. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Gube, Greiffenberg.

Aufgehobene Konkurse:

Kammerbezirk Breslau: Ernst Isaak, Alleininh.: Architekt Arthur Walde (Zimmerei u. Baugeschäft), Breslau, Ofener Str. 22. Nach Bestätigung des Zwangsvergleichs aufgehoben. — Nachlaß des am 16. Juli 1927 verst. Kaufmanns Ludwig Lichtenstein, Alleininh. d. Fa. Lichtenstein & Müller, Breslau, mit Zweigniederlassung Gr. Strehlitz. Nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. — Kaufmann Max Schaal, Breslau, Sadowastr. 30. Nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. — Alfred Neugebauer i. Fa. Buchdruckerei Lampner & Schmidt und i. Fa. F. Pietsch, Breslau, Herrenstr. 7 und Ring 51. Nach Bestätigung des Zwangsvergleichs aufgehoben. — Gustav Schillf (Schokoladen- und Lebensmittelgroßhandlung), Breslau, Taunzienstr. 162. Nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. — Paul Schmotschke, Steinau a. O. Nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. — Kaufmann Hermann Menzel, Öls i. Schles.

Kammerbezirk Liegnitz: Kaufmann Hermann Härtwig, Liegnitz, Mittelstr. 54. Mangels Masse aufgehoben. — Kaufmann Fritz Uhlisch, Lüben i. Schles. Nach Bestätigung des Zwangsvergleichs aufgehoben. — Erich Mayer Inh. Erich Nowak, Jauer. Mangels Masse aufgehoben.

Ferner sind uns noch folgende Termine in Konkursachen bekannt geworden:

Kammerbezirk Breslau: Kaufmann Adolf Goldberg (Damenputzgeschäft), Breslau, Reuschestr. 58/59. Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen am 11. Mai 1929, 9 Uhr. — Nachlaß des am 10. Januar 1928 verst. Kaufmanns Wilhelm Speidel, Breslau. Wohnung: Kantstr. 44. Geschäft: Ohlauer Str. 17. Gläubigerversammlung am 3. Mai 1929, 11 Uhr.

Kammerbezirk Liegnitz: Kaufmann Willy Wiedemuth, Liegnitz. Prüfungstermin und Vergleichstermin: 1. Mai 1929, 10¼ Uhr.

Die Industrie- und Handelskammern Breslau und Liegnitz weisen darauf hin, daß Auszüge aus den Schuldnerverzeichnissen der Amtsgerichte betreffend diejenigen Personen, die den Offenbarungseid geleistet haben oder gegen die wegen Verweigerung des Eides die Haft angeordnet ist, unter den in der Veröffentlichung S. 41 der „OWZ.“ Nr. 3 v. 20. April 1928, genannten Bedingungen in Zimmer 8 des Amtsgebäudes der Industrie- und Handelskammer Breslau, Graupenstr. 15, bzw. im Amtsgebäude der Industrie- und Handelskammer Liegnitz, Haynauer Straße 38 II, eingesehen werden können.

Im folgenden veröffentlicht die Industrie- und Handelskammer Breslau unter Hinweis auf die Notiz in Nr. 2 der „OWZ.“, S. 21, vom 12. April 1929, unter der Überschrift „Veröffentlichungen aus den Schuldnerverzeichnissen“ Eintragungen der im vorigen Absatz bezeichneten Schuldner:

Amtsgericht Breslau

Den Offenbarungseid leisteten:

Holste, Theodor, Höfchenstr. 72 (Aktenzeichen 21 M 7380/28), am 27. März. — Leisner, Max, Sattler, Rothsürben (21 M 9440/28), 27. März. — Lubowski, Fr. Auguste, Breitestr. 29 (21 M 912/29), 6. April. — Maiwald, Frau Gertrud, Andersenstr. 39 (79 M 119/29), 19. März. — Meyer, Fr. Gertrud, Ottostr. 19 (79 M 117/29), 16. März. — Münnich, Max, Arbeiter, Mariannenstraße 17 (79 M 950/29), 16. März. — Motog, Frau Frieda, Düppelstr. 7 (79 M 9861/28), 3. April. — Münnich, Max (79 M 950/29 (16. März. — Nebel, Friedrich, Kürschnermstr., Mauritiusstr. 11 (20 M 520/29), 16. März. — Neumann, Karl, Polizeiwachtmeister, Bürgerwerder-Kaserne 72/76 (20 M 699/29), 19. März. — Neumann, Frau Alice, Agnesstr. 10 (20 M 6182/28), 27. März. — Neugebauer, K., Kaufmann, Bohrauer Straße 66 (20 M 2055/28), 25. März. — Nischang, Julius, Packer, Kreuzstr. 11 (20 M 682/29), 19. März. — Otto, Walter, Buchhalter, Berliner Straße 33 (20 M 466/29), 5. April. — Obblong, Frau Hertha, Taunzienstr. 151 (20 M 680/29), 16. März. — Passarge, Otto, Brigittenthal 29 (20 M 9934/27 (20. März. — Perschke, Oskar, Kaufmann, Neue Gasse (20 M 9122/28), 25. März. — Polewka, Georg, Bunsenstr. 7 (20 M 9101/28), 23. März. — Polten, Norbert, Andersenstr. 18 (20 M 6143/28), 4. April. — Ragolski, Frau Lucie, geb. Julius, Brandenburger Straße 34 (92 M 1057/28), 25. März. — Rademan, Hans, Sadowastr. 22 (92 M 471/29), 20. März. — Rentzmann, Georg, Fuhrunternehmer, Mariannenstr. 7 (92 M 307/29), 2. April. — Reichelt, Wilhelm, Viktor, Betriebsleiter, Lehmgrubenstraße 15 (92 M 8229/28), 16. März. — Rebelsky, Fr. Elsa, Gellhornstr. 16 (92 M 545/29), 19. März. — Reichelt, August, Mauritiusstr. 6 (92 M 142/28), 25. März. — Richly, Robert, Kreisbaufrührer, Klosterstr. 93, jetzt Friedrich-Wilhelm-Straße 107 (2 M 70/29 [A. G. Krappitz OS.]), 25. März. — Rucker, Louis, Eisenbahnbetriebsassistent, Bahnhofstraße 10 (92 M 753/28), 28. März. — Seidler, Franz, Baumstr. u. Liqu. d. Fa. Paratect G. m. b. H., Lützowstr. 20 (20 M 473/29),

21. März. — Sykulla, Paul, Bahnhofstr. 31 oder Matthiasstr. 132 (79 M 6411/28), 3. April. — Sonntag, Arnold, Mechaniker, Queisstraße 19 (79 M 1045/29), 19. März. — Spröer, Franz, Kaufmann, Gräbschener Straße 228 (79 M 864/29), 3. April. — Strangfeld, Friedrich, Rentenempfänger, Friedrichstr. 16 (79 M 234/29), 19. März. — Strangfeld, Frau Anna, geb. Bittner, Friedrichstraße 16 (79 M 234/29), 19. März. — Steinke, Robert, Kaufmann, Gellhornstraße 17 (79 M 9996/28), 16. März. — Strecker, Fritz, Richard, Tischlermstr., Gabitzstr. 110 (79 M 949/29), 16. März. — Stronzik, Paul, Zigarrenhändler, Sternstr. 76 (79 M 947/29), 16. März. — Schnabel, Paul, Zimmergeselle, Bärenstr. 13 (94 M 653/29), 19. März. — Schwab, Emanuel, Bäckermstr., Neue Adalbertstraße 136 (94 M 1054/29), 9. April. — Shadow, Erich, Automobilvertreter, Hedwigstraße 44/46 (94 M 1019/29), 6. April. — Schneider, Alois, Schuhmachermstr., Heiligegeiststr. 14 (94 M 195/29), 20. März. — Schlenrich, Willy, Goethestr. 59 (94 M 592/29), 5. April. — Schmidt, Max, Arbeiter, Clausewitzstr. 14 (94 M 535/29), 16. März. — Schicke, Emil, Goldschmieden (94 M 1241/28), 6. April. — Schlossarek, Emil, Kaufmann, Lehmdamm 56 (94 M 1489/28), 30. März. — Schönfeld, Konrad, Autobesitzer, Oswitzi-Tivoli (94 M 995/28), 20. März. — Scholtysek, Johannes, Gastwirt, Kupferschmiedestr. 37 (94 M 154/28), 25. März. — Scholz, Fritz, Maschinenarbeiter, Märkische Str. 96 (94 M 542/29), 16. März. — Schölzel, Fritz, Gr.-Tschansch (94 M 841/29), 19. März. — Schopach, Rudolf, Bankbeamter, Bischofswalde, Gretelweg 11 (94 M 716/29), 19. März. — Scholz, Josef, Arbeiter, Bielestr. 18 (94 M 1025/29), 8. April. — Teichmann, Paul, Geschäftsführer, Antonienstr. 24 (79 M 9569/28), 16. März. — Thiel, Frau Klara, Vorwerkstr. 85 (79 M 676/29), 23. März. — Triller, Karl, Kantstraße 41 (79 M 998/29), 6. April. — Töppich, Paul, Monteur, Karlstr. 13 (79 M 9814/28), 21. März. — Urban, Agnes, Vorkosthändlerin, Wörther Straße 6 (94 M 177/29), 27. März. — Ullrich, Alfred, Tischlermstr., Matthiasstr. 138 (94 M 5562/28), 26. März. — Voss, Paul, Vertreter, Kaiser-Wilhelm-Straße 87 (94 M 11/29), 15. April. — Wabersinn, Fritz, Militärärwarter b. Katasteramt I, Oberpräsidium (94 M 1119/28), 23. März. — Wagner, Rudolf, Arbeiter, Rubenstr. 12 (94 M 659/29), 3. April. — Wahner, Max, Dr. jur., Augustastr. 84 (94 M 908/28), dto. (94 M 775/29), 27. März. — Weidner, Albrecht, Kaufmann, Augustastr. 194 (94 M 538/28), 23. März. — Weisbrich, Johannes, Polizeiwachtmstr., Schützenstraße 21 (94 M 848/29), 23. März. — Willner, Fr. Klara, Bad Altheide — Neue Schweidnitzer Straße 11 (94 M 1512/28), 20. März. — Woch, Paul, Glaser, Matthiasstr. 148 (94 M 805/29), 23. März. — Wollanski, Gisela, Arbeiterin, Hubenstr. 78 (94 M 882/29), 6. April. — Zappe, Wilhelm, Langegasse 74 (94 M 664/29), 19. März. — von Zacharewicz, Frau Klara, Nachodstr. 1 (94 M 983/29), 9. April. — Ziegler, Frau Frieda, Schneidermstr., Bergstr. 12 (94 M 986/29), 9. April. — Zimmer, Frau Anna, Witwe, Brüderstraße 77 (94 M 1145/29), 13. April.

Angeordnete Haft zur Erzwingung des Offenbarungseides:

Langfeld, Erich, Tischler, Neudorfstr. 21 (Aktenzeichen 21 M 700/29), 27. März. — Lampel & Mann, Fa., durch den Mitinhaber der Fa. Mann ebenda, Paradiesstr. 6, (21 M 759/29), 27. März. — Langsch, Paul, Zahnarzt, Piastenstr. 7 (21 M 9435/28), 28. März. — Levy, Hugo, Ziegeleibes., Augustastr. 127 (21 M 9306/28), 27. März. — Levy, Frau Meta, geb. Schlesinger, Augustastr. 127, (21 M 9127/28), 27. März. — Lester, Albert, Am Graben 43, (21 M 672/29), 27. März. — Lehmann, Alfred, Hummeri 46/47 (21 M 8665/28), 28. März. — Lebeck, Bäcker, Langegasse 2 (21 M 597/29), 2. April. — Lewkowitz, Martin, Augustastr. 182 (21 M 821/29), 6. April. — Lindner, Johannes, Baumeister, Uferstr. 52 (21 M 797/29), 6. April. — Lisson, Franz, Bäcker, Leuthenstr. 68 (21 M 685/29), 27. März. — Lycko, Konrad jr., Brieger Str. 3 (21 M 360/29), 27. März. — Lorke, Robert, Zigarrenfabr., Kohlenstr. 12 (21 M 462/29), 22. März. — Löffler, Kurt, Friedr.-Wilhelm-Str. 88 (21 M 808/29), 4. April. — Ludwig, Paul, Rebenstr. 7 (21 M 6320/28), 16. März. — dto. (21 M 429/29), 23. März. — Luckhardt, A., Adr. Studienrat (21 M 709/29), 27. März. — Ludwig, Fr. Charlotte, Düppelstr. 1 (21 M 433/29), 27. März. — Mann, Mitinh. der Fa. Lampel & Mann, Paradiesstr. 6 (21 M 759/29), 27. März. — Markus, Josef, Kaufmann, Klosterstr. 87 (79 M 945/29), 27. März. — Maletzki, Friedrich, Bau-Werkmstr., Einbaumstr. 16 (79 M 9355/28), 2. April. — Morawietz, Hans, Fleischer, Nadlergasse 7 (79 M 925/29), 28. März. — Mordkiewitz, Herr J., Schneider, Höfchenstr. 85 (79 M 451/29), 2. April. — Nadlitzki, Gust., Friesenpl. 4 (20 M 841/29), 19. März. — Namokel, Fr. Margarete, Posener Str. 93 (20 M 677/29), 20. März. — dto. (20 M 652/29), 25. März. — Neumann, Walter, Clausewitzstr. 14 (20 M 9508/28), 28. März. — Nebel, Friedrich, Kürschnermeister, Klosterstraße 14 (20 M 655/29), 25. März. — Nerger, Paul, Tabakwarenhändler, Alsenstr. 9 (20 M 721/29), 26. März. — Nitschke, Wilhelm, Kaufmann, Adalbertstr. 4 (20 M 818/29), 18. März. — Nolda, Kurt, Kaufmann, Breitestr. 47 (20 M 746/29), 18. März. — Nowak, Gertrud, Zimpel, Stieglitzweg 16 (20 M 9665/28), 28. März. — Olschowsky, Dr. Kurt, Bankbeamter, Wallstr. 31 (20 M 519/29), 26. März. — Ophir, Firma, als alleiniger Inhaber Apotheker Walter Strebel, Kronprinzenstr. 58 (79 M 877/29), 2. April. — Pick, Alfred, Heinrichstr. 21/23 (20 M 3915/28), 28. März. — Popp, Wilhelm, Reisevertreter, Gartenstr. 85 (20 M 66/29), 17. März. — Popella, Viktor, Schneidermstr., Lohestr., im Hause Metropolgaragen (20 M

231/29), 18. März. — Poguntke, Alexander, Kaufmann, Wein-
str. 45 (20 M 557/29), 18. März. — Pompe, Frau Gertrud, Inh.
der Fa. Gertrud Pompe, Damenputz, Enderstr. 9 (20 M 9235/28),
28. März. — Pusch, Willy, Trebnitzerplatz 2 (20 M 488/29),
18. März. — Pusch, Frau Elise, Trebnitzerplatz 2 (20 M 488/29),
22. März. — Pufke, Josef, Tischlermst., Posener Str. 32 (20 M
9404/28), 3. April. — Quander, Frau Helwig, Weidenstr. 17
(20 M 799/29), 18. März. — Rentsmann, i. Fa. Hermann,
Posener Str. 44 (92 M 536/29), 26. März. — Riedmüller, Gustav,
Kreuzburger Str. 33 (92 M 672/29), 26. März. — Riedmüller,
Frau Domizia, Vertreterin, Kreuzburger Str. 33 (92 M 672/29),
26. März. — Roßband, Karl, Fleischer, Tauentzienstr. 102
(92 M 498/29), 26. März. — Rother, Hermann, Matthias-
str. 35 (92 M 501/29), 28. März. — Sackur, Alexander,
Chauffeur, Lohestr. 53 (79 M 772/29), 7. April. — Sander,
Otto, Kaufmann, Augustastr. 45 (79 M 832/29), 7. April. —

Verschiedenes

Der Niederschlesische Provinziallandtag

hat vorige Woche in seiner letzten Sitzung folgende Ent-
scheidung zu den Fragen der Wirtschaftsnot im Osten und des
Finanzausgleichs angenommen:

„Der Niederschlesische Provinziallandtag lenkt die Aufmerk-
samkeit von Reichs- und Staatsregierung, von Reichstag und Land-
tag erneut auf die Sondernotlage Niederschlesiens,
den Niedergang aller Berufsweige, insbesondere auf das sichtbar
werdende Zurückbleiben des Volkseinkommens gegenüber anderen
Landesteilen, das für die Jahre 1925, 1926 und 1927 in allen Ost-
provinzen Preußens exakt nachzuweisen ist. Gründe dieses Zurück-
bleibens sind: der Verlust großer Absatzgebiete durch das Versailler
Diktat und den Genfer Spruch mit dessen Rückwirkungen auf die
niederschlesische Binnenwirtschaft und Marktlage sowie die natür-
liche und durch Verwaltungsmaßnahmen verstärkte Wirtschafts-
ferne der Ostgrenzprovinzen gegenüber dem sonstigen eng ver-
bundenen Wirtschaftsorganismus des Reiches.

Der Provinziallandtag bittet dringend, zu erwägen, wie diesen
schweren Schädigungsursachen zugunsten der Ostprovinzen gegen-
übergetreten werden kann. Als große Möglichkeit solcher Hilfe
glaubt der Provinziallandtag, eine grundlegende großzügige Ände-
rung der Frachtbasis seitens der Reichsbahn bezeichnen zu
müssen; sie würde zu einem Teile sicher durch vermehrte Aus-
nutzung der Reichsbahn aufgewogen werden, zum anderen Teile
aber aus Schiffsabgaben und anderen Abgaben der ohnehin frachtlich
günstiger stehenden Wirtschaftsgebiete aufzubringen sein.

Der Provinziallandtag weist auf diese Möglichkeit auch als
vorübergehende Maßnahme zum Ausgleich der Erschwerungen des
Außenhandels hin, die gerade Niederschlesien zugunsten des ganzen
Reiches tragen muß; er bittet, durch bevorzugte Vergebung mög-
lichst vieler Beschaffungsaufträge von Reich und
Staat, Reichsbahn und Post in die schon mehrere Jahre
schwer betroffenen Wirtschaftsgebiete diesen einigermaßen einen
Ausgleich zu bieten. Der weitere Ausbau der Wasserstraßen
und der gesamten schlesischen Wasserwirtschaft muß daneben
immer wieder gefordert werden, um Schlesien nicht noch un-
günstiger gegenüber den westlichen Wirtschaftsgebieten zu stellen.

Als dann weist der Provinziallandtag auf den Finanzaus-
gleich bei Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuer hin, der
allen Ostprovinzen wegen ihrer schlechten Wirtschaftslage nun auch
noch von Reichs- und Staats wegen fühlbare und zahlenmäßig nach-
weisbare Einnahmenachteile bringt und dadurch unerträglich wird.
Er bittet um Ausscheidung des Steueraufkommens als Verteilungs-
maßstab, wenigstens bei den Einkommens- und Körperschaftsteuer-
überweisungen. Eine allgemeine Sonderdotierung für die
Ostgrenzprovinzen, einschließlich Niederschlesiens, ist außerdem un-
erläßlich. Hinzu treten muß eine prozentual weit stärkere Be-
teiligung des Staates bei den Meliorationen im deutschen
Osten.

Schließlich hält es der Provinziallandtag für ungerecht, daß
die Voraus- und Sonderzuweisungen der Westprovinzen aus der Kraft-
fahrzeugsteuer trotz Umkehrung der Wirtschaftslage weiter gewährt
werden: er hält es für unbedingt nötig, noch in diesem Wirtschaftsjahre
den Verteilungsschlüssel der Kraftfahrzeugsteuer
zu ändern und so zu gestalten, daß die östlichen Landesteile ihre
Verpflichtungen zur Erschließung des Landes und zur Hebung des
Verkehrs und der Wirtschaft erfüllen können.“

Vorträge über Handel und Industrie

Im Sommer-Semester 1929 finden im Rahmen der
Fachhochschulkurse für Wirtschaft und Verwaltung Vör-
träge über Handel und Industrie statt. Die Teilnahme steht weiten
Kreisen offen. Es werden sprechen: Prof. Dr. Obst: Rationali-
sierung und Wissenschaft. — Das Warenhaus. — Aktuelle betriebs-
wirtschaftliche Fragen. — Prof. Dr. Schmidt-Rimpler: Rechts-
formen des Einfuhr- und Ausfuhrhandels. — Prof. Dr. Bechtel:
Der Produktions- und Verteilungsapparat der deutschen Volkswirt-
schaft nach der Betriebszählung von 1925. — Syndikus der Bres-
lauer Industrie- und Handelskammer Dr. Kriegenburg: Die
Verflechtung von Schlesiens Industrie und Handel mit dem Welt-
markt. — Syndikus der Breslauer Industrie- und Handelskammer
Dr. Schurr: Fragen der Berufsausbildung in Handel und Industrie.

— Geschäftsführer Dr. Hirschfeld: Reklame und Verkaufs-
psychologie im Dienste des modernen Einzelhandels (mit Film).
— Geh. Regierungsrat Dr. Schulz, Direktor des Hauptversor-
gungsamtes Breslau: Die Arbeitslosenversicherung. — Dr. Cast-
ner: Fragen des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse.
— Hüttendirektor Schefcik: Die kurzfristige Erfolgsrechnung
im Industriebetrieb. — Dr. Fischer: Betriebswirtschaftliche Pro-
bleme der Forstindustrie und des Holzhandels. — Dr. Froems-
dorff: Die weltwirtschaftlichen Beziehungen der deutschen Land-
wirtschaft. — Handelsredakteur Dr. Kohl: Der Kohlenbergbau
Schlesiens. Beginn der Vorlesungen: 6. Mai: Termin und Ort:
Montags und Freitags v. 19¼—20¼ Uhr im Auditorium III der Uni-
versität. Hörerkarten werden in der Geschäftsstelle der Fachhoch-
schulkurse, Universität, 2. Stock, ausgefertigt, und zwar täglich
werktags von 11—12 Uhr, ferner Freitag, den 26. April, Montag,
den 29. April, Freitag, den 3. Mai, Montag, den 6. Mai und Freitag,
den 10. Mai von 18¼—19¼ Uhr. Die Gebühr beträgt 8 RM. für
den ganzen Kursus, der nur als Gesamtveranstaltung belegt
werden kann. Dazu tritt, mit einigen Ausnahmen, noch eine
einmalige Aufnahmegebühr von 2 RM. Zuschriften sind an die
Geschäftsstelle der Fachhochschulkurse, Breslau I (Universität),
zu richten. Sprechstunden des Geschäftsführers, Prof. Dr. Obst:
Sonntag 10¼—11 Uhr im Betriebswirtschaftlichen Institut der
Universität.

Im Rahmen der Fachhochschulkurse für Wirtschaft und Ver-
waltung wird ferner Prof. Dr. Obst im kommenden Sommer-
Semester für Geschäftsinhaber und leitende Angestellte aus In-
dustrie und Handel ein Seminar halten, und zwar Dienstags,
vierzehntägig, von 18¼—20 Uhr. Es werden Referate über aktu-
elle betriebswirtschaftliche Fragen des Handels und der Industrie
gehalten, an die sich Aussprachen anschließen. Beginn: Dienst-
tag, den 7. Mai, Schluß: Ende Juli. Herren, die an diesem Se-
minar teilzunehmen beabsichtigen, wollen sich am Sonnabend, den
4. oder 11. Mai, 10¼—11 Uhr, oder Montag, den 6. Mai, pünktlich
19 Uhr, im Betriebswirtschaftlichen Institut, Universität, 2. Stock,
bei Professor Dr. Obst, anmelden. Für auswärtige Herren genügt
schriftlicher Antrag mit Angabe der Beschäftigung und des Alters.

Zum Leiter des Breslauer polnischen Konsulats

ist Herr Aleksy Wdziekonski ernannt worden, der bisher dem
Generalkonsulat in Beuthen OS. als Vizekonsul zugeteilt war.
Konsul Wdziekonski tritt sein neues Amt am 1. Mai d. J. an.

Normung der Rolläden und Jalousien

Um die Sortenzahl zu verringern, die Herstellung zu ver-
einfachen und die Zinskosten der Lagerbestände zu vermindern,
wurde dem Deutschen Normenausschuß von einer westdeutschen
Gruppe der Rolläden und Jalousien herstellenden Industrie ein An-
trag unterbreitet, Rolläden und Jalousien und deren Zubehörteile
zu normen. Der Deutsche Normenausschuß hat sich bereit erklärt,
diesen Normungsantrag aufzugreifen und bittet alle Interessenten
(Hersteller, Händler und Architekten), durch Fühlungnahme mit
ihren Verbänden sich an diesen Arbeiten zu beteiligen und Unter-
lagen über die gangbarsten Rolläden und Jalousien, desgleichen
Normungsvorschläge dem Deutschen Normenausschuß E. V.,
Berlin NW. 7, Dorotheenstr. 47, zu übermitteln.

Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krieten

Nach einem kräftigen Einbruch polarer Kaltluft aus Nordosten
zu Beginn der vergangenen Woche (14. bis 20. April) beruhigte sich
die Lage über Mitteleuropa, und in der absinkenden Kaltluft trat
zum ersten Male wärmeres Wetter mit frühlingsmäßigen Tempera-
turen bis zu 21 Grad ein. Am Wochenende erfolgte jedoch ein
erneuter Vorstoß frischer Polarluft aus Norden, der zu einem sehr
intensiven Temperatursturz führte. Damit wurde ein Übergang zu
etwas kühlerer und wechselhafterer Witterung von aprilmäßigem
Charakter eingeleitet. Nachts ist zunächst auch im Flachlande noch
mit Frösten zu rechnen, und zu nennenswerter Erwärmung
dürfte es erst gegen Monatsende kommen.

Diese Nummer erscheint 20 Seiten stark einschließlich Umschlag.
Redaktionsschluß am 23. April 1929.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Franz Dau, für die
Rubrik „Deutscher Wirtschaftsbund für Polen“ Dr. Karl Heidrich,
für den Inseratenteil: Paul Busse, sämtlich in Breslau.
Druck von Wilh. Gottl. Korn in Breslau.



Bank-Archiv

Zeitschrift für Bank- und Börsenwesen

Herausgegeben von Geh. Justizrat Professor Dr. Riesser, Berlin, unter Mitwirkung erster
Fachmänner. Schriftleitung: Rechtsanwalt Otto Bernstein, geschäftsführendes Vorstands-
mitglied des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiervereins. 28. Jahrgang
Monatlich 2 Hefte. Preis je Halbjahr 12.— RM.

Das „Bank-Archiv“ bringt aus der Feder der hervorragendsten Sachkenner Arbeiten aus
Theorie, Praxis und Politik des Wirtschafters, insbesondere des Finanzmannes. Die Quali-
fikation seiner Mitarbeiter und somit der hohe Wert seiner Arbeiten haben es zum anerkannt
besten Informationsorgan für alle Fach-, insbesondere alle Finanz- und Steuerfragen gemacht.
Wir liefern unter Bezugnahme auf diese Anzeige ein Probeheft sowie auch einen
ausführlichen Prospekt kostenlos.

Walter de Gruyter & Co. Berlin W. 10. Genthinerstr. 38